FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel

Erscheinungsweise: sporadisch

Internetz: http://www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 223 Nov./1 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut ‹Allgemeine Erklärung der Menschenrechte›, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine ‹Meinungs- und Informationsfreiheit› vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der ‹Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens›, wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.

==========

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppieren in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkbar in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

****

****

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.
24.10.2026



In einer medienwirksamen Aktion spiesste SVP-Präsident Dettling vor den Delegierten Ende Oktober 2025 das Vertragspaket EU-Schweiz mit einer Hellebarde auf. © SRF

Bilaterale-III: Der Teufel steckt in den Vertragstexten

Die Folgen der ‹dynamischen Rechtsübernahme› sind unabsehbar. Eine neues Buch durchleuchtet das Vertragspaket mit der EU.

Rudolf Strahm

Ein Bundeshausredaktor sprach von einer ‹Bombe›. Ein ‹NZZ›-Redaktor qualifizierte die Analyse als provokante ‹Brandrede›. Ein Verbandschef bezeichnete sie als ‹Game Changer›.

Die Rede ist hier vom Grundsatzvotum des Mitte-Ständerats Beat Rieder zu Beginn der dreitägigen Beratung der Bilateralen Verträge-III im Ständerat. Diese Rede ist seither als Youtube-Podcast über 150‘000mal angehört und zudem tausendfach als amtliches Protokoll wortgetreu weiterverbreitet worden. Sie wirkt meinungsbildend, weil sie den Blick auf bisher unbekannte Vertragsfolgen fokussierte.

Das zentrale Element des riesigen Vertragspakets, so der Jurist Rieder, sei nicht die Referendumsfrage. Der ‹wahre Elefant im Raum› sei die Pflicht der Schweiz zur ‹dynamischen Rechtsübernahme› in alle Zukunft, wie sie nun in den Vertragstexten verpflichtend festgeschrieben ist. «Würde ich jemals einen Vertrag unterzeichnen, dessen künftigen Vertragsinhalt ich nicht kenne und den ich nicht mitentscheiden, sondern nur mitberaten kann?», schmetterte der einflussreiche Rechtsanwalt und Notar in den Ständeratssaal. «Diese Vorlage ist im Kern kein Wirtschaftsabkommen, sondern es geht um die Frage der Rechtssetzungsbefugnis und somit um die Souveränität unseres Staates.»

Brüssel steuert zukünftige Rechtsetzung

Es geht nach Rieder um die Frage, wer in Zukunft in unserem Staat das Recht gestaltet, wenn wir die Fortentwicklung des Binnenmarktrechts unverändert übernehmen müssen – oder wann Sanktionen gelten, wenn wir dies nicht tun. Allein im Jahr 2026, so Rieder, habe die EU 46 neue Gesetzesinitiativen eingeleitet, der grösste Teil in Bereichen, zu denen wir jetzt die Verträge abschliessen würden. Das sei ein ‹Konstruktionsfehler› dieser Staatsverträge, die sich fundamental von allen statischen, bisherigen Staatsverträgen unterschieden. Wir würden uns zu zukünftiger Übernahme von Recht verpflichten, das wir noch gar nicht kennen.

Bei Auslegungsdifferenzen zwischen der Schweiz und der EU gilt stets die übergeordnete Vertragsmaxime: «Die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für das Schiedsgericht verbindlich.» So steht es wörtlich in den ausgehandelten Verträgen. Wenn die Schweiz von dem zukünftigen EU-Recht abweicht (zum Beispiel wegen eines Referendums oder eines Parlamentsentscheids), so sind ‹verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen› (spricht: angepasste Sanktionen) zu erwarten. Wir hatten solche Nadelstiche bereits erfahren.

Einen Vorboten zur zukünftigen Rechtsverpflichtung hat man jüngst erlebt: Der Ständerat beschloss in leichter Ergänzung zum diplomatisch ausgehandelten Freizügigkeitsabkommens-Entwurf, dass EU-Bürger

nach fünf Jahren Schweizer Aufenthalt dann, und nur dann, das dauernde Verbleiberecht (mit umfassendem Familiennachzug) nicht automatisch erhalten, wenn sie hier Sozialhilfe beziehen oder bezogen haben. Die Ständeräte beschlossen auch, dass Neuzuzüger einen Strafregisterauszug ihres Herkunftslandes vorweisen müssen (der Kanton Tessin wendet diese Praxis schon an).
Flugs holte ein ‹NZZ›-Redaktor die ablehnende Stellungnahme des EU-Botschafters in der Schweiz ein. Der EU-Botschafter Andreas Künne drohte, diese zwei Ständeratsentscheide seien mit den von unseren Diplomaten ausgehandelten Abkommen nicht vereinbar. Die Schweiz habe das ‹ausgehandelte Gleichgewicht› zu wahren. An eine solche Tonalität müssten wir uns künftig erst noch gewöhnen.

In Zukunft steuern die Gerichte aufgrund von EU-Recht

Die Schweiz übernimmt mit den Bilateralen-III etwa 1200 Seiten EU-Recht wörtlich ins schweizerische Recht. Mit allen Fussnoten und Querverweisen sollen es über 2000 Seiten sein. In Zukunft werden sich gemäss EU-Verträgen hiesige Gerichte an die wörtlich zu übernehmenden Rechtstexte der EU halten müssen. De facto werden in Zukunft wichtige Teile unseres Wirtschaftsrechts und das detaillierte, umfassende Zuwanderungsrecht nicht mehr von Regierung und Parlament, sondern von den Gerichten in Anwendung der fortentwickelten EU-Normen gesteuert.
Was bedeutet dies für Wirtschaftsleute und für KMU-Chefs, die nicht wie die grossen Konzernstäbe Zeit und Kapazität zur Vertragsprüfung aufbringen können, um in Erfahrung zu bringen, was alles auf sie zukommt? Niemand hat heute den Überblick zu den regulatorischen Konsequenzen.
Ein Autor enervierte sich in der ‹Schweizerischen Gewerbezeitung› über die bisher unbeachtete neue EU-Verpackungsverordnung mit den neuen Registrierungs- und Kennzeichnungspflichten, die neu auch für KMU gelten würden. Ein anderer verwies in der Agrarpresse auf neue einschneidende Massnahmen im politisch sensiblen Nahrungsmittelrecht aufgrund des nachfolgenden, bereits ausgehandelten EU-Abkommens zur Lebensmittelsicherheit.

Jetzt eilt es, sonst kommt mehr Widerstand

Je mehr man die Vertragstexte studiert, desto mehr kommen die Fragen, Kritiken und Widerstände. Deshalb wollen die EU-Vertragskämpfer im Nationalrat und die Verwaltung das riesige Vertragspaket in der kommenden Dezembersession durchpauken und endgültig verabschieden, damit es im Juni 2027, noch vor den Wahlen, zur Volksabstimmung gelangt. Sie geben offen zu: Je länger das Vertragspaket diskutiert wird, desto mehr Fragen und Widerstände tauchen auf.
Als Orientierungshilfe stehen den Wirtschaftsleuten und KMU-Verantwortlichen – mit vielen war ich in meiner aktiven Zeit bei der Berufsbildung mit Wertschätzung verbunden – aus heutiger Sicht nur wenige neutrale Quellen zur Verfügung. Die Unternehmervereinigung ‹Autonomiesuisse›, die heute rund 1200 mittelständische Unternehmer und Unternehmerinnen umfasst, orientiert rund zweiwöchentlich die KMU-Chefs oder KMU-Eigentümer über EU-Vertragsdetails, von denen sie betroffen sein werden.

Wie sich neutral orientieren?

Es wirkt bei parteiungebundenen Bürgerinnen und Bürgern nicht überzeugend, mit Hellebarden und Schweizer Fahnen vom Unterwerfungsvertrag zu lamentieren. Verwaltungstexte wiederum sind PR-mässig durchgestylt und verschleiern vieles. Eine verständliche Darstellung und Erklärung zum demokratiepolitischen und rechtlichen Meccano des ganzen Vertragspakets sind in einer Broschüre zusammengefasst, welche die ehemalige Bundesgerichtskorrespondentin und ‹NZZ›-Redaktorin Katharina Fontana nach akribischer Analyse der Vertragstexte verfasst hat. Die Broschüre ‹Verträge mit Tücken› kann kostenlos heruntergeladen werden und wird als Buch vertrieben durch die Progress Foundation.
Es ist nun Zeit, sich unabhängig zu informieren. Jetzt gilt es ernst. Nach der Annahme der Bilateralen-3 wird bei der zukünftigen Wirtschafts- und Zuwanderungsregulierung der Europäische Gerichtshof EuGH, das Parteigericht der EU, verbindlich das letzte Wort haben.

Europas wachsendes soziales Chaos … die Quittung für den Stellvertreterkrieg gegen Russland

strategic-culture, Oktober 13, 2026

Ein Tag der Abrechnung steht bevor.
Kriminelle Politiker und ihr kriegstreibendes System sind so blossgestellt wie nie zuvor.

Die Europäische Union erlebt einen ausgewachsenen sozialen Aufstand. Die regierenden Parteien und ihre Wirtschaftspolitik werden offen verachtet, während Proteste und Streiks in mehreren Ländern eskalieren.
Protestzüge, Massendemonstrationen und Industriestreiks breiten sich in Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, Deutschland, Irland, Portugal und anderen EU-Ländern aus. Die Klagen sind vielfältig – von Studen-

ten und Lehrern über das katastrophale Bildungswesen bis hin zu Beschäftigten im Gesundheitswesen und im Transportsektor, die erbärmliche Löhne und Rentenkürzungen anprangern.



Im Kern aber steht ein kriegstreibendes, entmenschlichendes System kapitalistischer Ungleichheit.
Unerträgliche Lebenshaltungskosten für grundlegende Bedürfnisse – von Nahrung bis Wohnen – treiben Millionen verzweifelt und wütend auf die Strasse, angesichts des Ausbleibens angemessener politischer Antworten auf ihre Nöte. Wie ein französischer Student sagte: «Zu jung, um gehört zu werden, alt genug, um Tränengas abzubekommen.»
Das gesamte politische System wird wegen seiner Dysfunktionalität und Gleichgültigkeit gegenüber elementaren menschlichen Bedürfnissen in Misskredit gebracht. Vollends empörend sind dann noch die Lügen der herrschenden Eliten und ihrer Propagandamedien über «nationale Verteidigung und die Kriegsgefahr aus Russland».
In Spanien starb in dieser Woche eine gebrechliche 87-jährige Frau namens Maricarmen im Krankenhaus, nachdem sie aus ihrer Madrider Wohnung zwangsgeräumt worden war, weil sie die wucherische Mieterhöhung nicht bezahlen konnte. Ihr Schicksal hat eine landesweite Protestbewegung gegen Spaniens Wohnungskrise entzündet – eine Krise, die sich in jedem europäischen Land wiederholt. Demonstranten riefen wütend, die arme alte Frau sei «von Staat und Konzernen ermordet worden».
In Frankreich hat die Brutalität der Polizei gegen Studentenproteste die Nation und die Welt erschüttert. Fast 7000 junge Menschen wurden festgenommen, während Bereitschaftspolizisten weitgehend friedliche Kundgebungen mit Tränengas beschiessen und mit Gummigeschossen beschiessen. Studenten, die sich an der Place de la Bastille in Paris und in anderen Städten versammeln, schwören, nicht nachzugeben. Einem Studenten wurde die Hand durch eine Polizeiblendgranate abgerissen, einem anderen Jugendlichen wurde aus nächster Nähe ein Auge durch einen Gummigeschoss ausgeschossen.
Die Place de la Bastille ist der Ort, wo sich die Französische Revolution von 1789 gegen eine verhasste Aristokratie inmitten tiefsten Elends manifestierte. Heute brodelt die Spannung auf eine weitere denkwürdige Erhebung zu – eine, die diesmal ähnliche Bewegungen in ganz Europa beflügelt.
Diese Proteste und das unmenschliche Leid, das ihnen zugrunde liegt, kanalisieren Aufstände in der gesamten EU.
Es ist ein spürbares Gefühl vorhanden, dass die Bevölkerungen en masse genug haben von Jahrzehnten der Ungleichheit und chronischer Entbehrung, die durch kapitalistische Politiken aufgezwungen wurden, welche einige wenige bereichern und von Regierungen durchgesetzt werden, die sklavisch den Interessen des Kapitals über die Bedürfnisse der Bürgermehrheit dienen.
Westliche Medienberichte sprechen von »klammen« Regierungen unter dem Druck der Anleihemärkte, Rekordschuldenstände abzubauen, während Arbeiter, Studenten und Rentner mehr öffentliche Investitionen und Entlastung von der wirtschaftlichen Not fordern.
Das ist eine irreführende, unvollständige Darstellung des Problems. Ausgeblendet wird der entscheidende Hintergrund, dass europäische Regierungen gewaltige wirtschaftliche Ressourcen in Militarismus und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland leiten. Das ist es, was die ‹klammen Regierungen› verursacht. Mit anderen Worten: Ihre erklärte Haushaltsnot ist eine politische Entscheidung, kein rätselhaftes Dilemma.
Die soziale Krise, die Europa erfasst, ist auch in den Vereinigten Staaten und anderen westlich ausgerichteten Nationen zu beobachten. Der Hintergrund ist ein gescheitertes Wirtschaftssystem, das nicht mehr imstande ist, ein Mindestmass an akzeptablen Lebensbedingungen zu gewährleisten. Das Problem reift seit Jahrzehnten heran – aus wachsender Ungleichheit und schwindender politischer Repräsentation. Heute ist es sogar fraglich, ob westliche Staaten noch Demokratien sind, beherrscht wie sie von korporativen Oligarchien sind.
Gleichwohl ist die soziale Krise, die sich quer durch Europa entfaltet, durch europäische Politiker intensiviert und verstärkt worden, die unablässig im Kriegsmodus gegen Russland operieren.
Die Europäische Union hat in den vergangenen vier Jahren Hunderte von Milliarden Euro in die Ukraine gepumpt, um ein neonazistisches Regime unter einer korrupten Diktatur zu stützen – alles mit dem Ziel, Russ-

land zu besiegen. Die EU-Führung – viele von ihnen ungewählt, wie Ursula von der Leyen, Kaja Kallas und António Costa – ist von einer obsessiven Russophobie getrieben. Aber das ist nur ein Teil der Erklärung.
Auch gewählte Führungspersönlichkeiten und Parteien wie Frankreichs Macron und Deutschlands Merz werden für ihren Elitismus und ihr Grössenwahnsinn verachtet. Merz erklärt, er wolle Deutschland zur stärksten Militärmacht Europas machen – in völliger Taubheit gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Problemen seines Landes und den unheilvollen historischen Konnotationen einer Wiederbelebung Nazi-Deutschlands. Während seine Regierung eine Wahlniederlage nach der anderen einsteckt, diffamieren europäische Eliten die deutschen Wähler als blind, weil sie es wagen, Parteien zu wählen, die einem Krieg mit Russland entgegenstehen.
Es gibt viele Gründe für die europaweite Verachtung der Regierungsparteien: Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit, explodierende Lebenshaltungskosten, sinkende Löhne, verfallende öffentliche Dienste. Unkontrollierte Einwanderung angesichts des Drucks auf ohnehin knappe öffentliche Ressourcen ist ein weiterer Beschwerdegrund. Europas Mitschuld am israelischen Genozidkrieg gegen die Palästinenser und Europas Mitschuld an Trumps Aggression gegen Iran, Jemen, Kuba und so weiter sind weitere Faktoren.
Die betrügerische Erzählung, Regierungen seien ‹klamm›, ist jedoch ein Anlass für immensen öffentlichen Ekel. Es gibt genug wirtschaftliche Ressourcen, um öffentliche Bedürfnisse zu befriedigen. Die Frage ist, dass diese Ressourcen unter dem herrschenden kapitalistischen System mit seiner Priorität der Bereicherung einer winzigen Elitenklasse nicht für die Schaffung gerechter und humaner Gesellschaften verwendet werden dürfen.
Die Zustände ‹enger Haushalte› und ‹Sparmassnahmen für die Massen› werden durch bewusste Politiken des Militarismus und der Förderung eines Stellvertreterkrieges in der Ukraine geschaffen.
Europäische ‹Führungspersönlichkeiten› und ihre NATO-Lobbyisten wie Mark Rutte fordern Hunderte von Milliarden Euro zur Stärkung der Rüstungsindustrie und verlangen zugleich drakonische Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen, um diesen rücksichtslosen Militarismus zu finanzieren. Die EU ‹leiht› allein in den nächsten zwei Jahren zusätzliche 90 Milliarden Euro, nur um das korrupte Regime in Kiew zu stützen, damit es seinen aussichtslosen Krieg gegen Russland fortführen kann. Diese perverse Prioritätensetzung wird vom militärisch-industriellen Komplex und seinen Konzernin-vestoren vorangetrieben. Sie wird auch von einer ideologisch geprägten, propagandistisch aufgeladenen Denkweise getrieben, die Russland als Feind dämonisiert. Präsident Putin und andere russische Stimmen haben wiederholt erklärt, dass sie keinen Krieg mit Europa wollen. Sie sagen, der Konflikt in der Ukraine hat Grundursachen, die durch diplomatisches Engagement gelöst werden können. Warum sind europäische Politiker unerschütterlich gegen den Frieden?
Ein wesentlicher Faktor ist das Kaschieren des internen politischen und wirtschaftlichen Versagens des europäischen Systems. Die Volkswirtschaften der EU, wie die der USA und anderer westlicher Staaten, sind in Bezug auf die Erfüllung sozialer und demokratischer Bedürfnisse bankrotte Dystopien. Das Versagen wurde durch die Kriegskosten in der Ukraine noch vertieft.
Dieses Versagen ist kriminell und existenzbedrohend für die Politiker und Regierungen, die diese Politik zu verantworten haben. Daher kann die politische Klasse, einschliesslich der Propagandanachrichtenmedien, ihre kriminellen Politiken nicht eingestehen.
Angesichts ihrer eigenen inneren Widersprüche suchen die europäischen politischen Eliten eine Lösung, indem sie Russland als äusseren Feind projizieren. Dies ist dasselbe Muster, das europäische Herrscher seit mehr als einem Jahrhundert angewandt haben – mit dem Ergebnis von zwei Weltkriegen.
Diese kriminellen Politiker und ihr dysfunktionales Wirtschaftssystem treiben erneut den Krieg als Fluchtplan für ihr eigenes Überleben voran – auf Kosten von Millionen von Menschenleben und unter dem Risiko, einen Dritten Weltkrieg zu entfachen, der diesmal eine katastrophale nukleare Nemesis einschliessen könnte.
Es ist eine Verurteilung nahezu jeder europäischen Regierung, allen voran der britischen, dass es keine Aufrufe zu Diplomatie und politischer Einigung mit Russland gibt. Sie haben sich darauf verpflichtet, Krieg gegen Russland zu führen, um sich von der sozialen Verwüstung freizusprechen, für die sie verantwortlich sind.
Eine positive Sache allerdings ist, dass eine wachsende Zahl von Menschen die Winkelzüge und Lügen zu durchschauen beginnt. Ein Schild eines deutschen Studenten brachte es auf den Punkt: «Wir kämpfen nicht eure Kriege ... Bildung statt Bomben!»
Ein Tag der Abrechnung steht bevor. Kriminelle Politiker und ihr kriegstreibendes System sind so blossgestellt wie nie zuvor – auf eine Art und Weise, die einen totalen Aufstand als angemessene Lösung fordert. Die Folgen werden diesmal nicht nach aussen verlagert werden können. Die Rechnung wird präsentiert, wie Malcolm X einst sagte.

Quelle: Europe's mounting social chaos... chickens coming home to roost for proxy war against Russia
Übersetzung: LZ
Quelle: https://uncutnews.ch/europas-wachsendes-soziales-chaos-die-quittung-fuer-den-stellvertreterkrieg-gegen-russland/

Eine Kultur des Todes

Andrew P. Napolitano

«Es ist verboten zu töten; daher werden alle Mörder bestraft, es sei denn, sie töten in grossem Ausmass und unter Trompetenklang.» – Voltaire (1694–1778)

Eine Regierung, die für sich das Recht beansprucht, Menschen zu töten, nachdem diese überwältigt, entwaffnet, vor Gericht gestellt, verurteilt und inhaftiert wurden, stellt eine bemerkenswerte Behauptung über das Wesen politischer Macht auf. Sie beansprucht nicht nur die Befugnis, Unschuldige vor Gewalt zu schützen, sondern auch die Befugnis, selbst Gewalt auszuüben, wenn gar keine unmittelbare Bedrohung mehr besteht.

Sie behauptet, dass die Tötung eines Menschen – die sie zu Recht verurteilt, wenn sie von Privatpersonen begangen wird – auf wundersame Weise moralisch zulässig wird, sobald sie von staatlichen Akteuren verübt wird. Dies ist der grundlegende Widerspruch der Todesstrafe: Dass der Staat wehrlose Menschen tötet, um die Lebenden zu schützen.

Die Unabhängigkeitserklärung bietet ein grundlegend andersartiges Verständnis von Regierung. Alle Menschen besitzen natürliche Rechte, und Regierungen werden eingesetzt, um diese Rechte zu schützen. Die legitime Macht einer Regierung leitet sich ausschliesslich aus der Zustimmung der Regierten ab. Die Regierung ist nicht die Eigentümerin unseres Lebens. Sie ist ein von uns geschaffenes Gebilde, das dazu dient, Rechte zu schützen, die bereits vor ihrer Existenz bestanden. Ihre Befugnisse sind begrenzt; sie kann rechtmässig keine Macht beanspruchen, über die die Menschen, die sie regiert, nicht selbst verfügen.

Der Einzelne besitzt ein natürliches Recht, sich gegen einen rechtswidrigen Angriff zu verteidigen. Er darf notwendige und verhältnismässige Gewalt anwenden, um einen Angreifer abzuwehren. Da die Menschen dieses Recht besitzen, können sie es an die Regierung übertragen – etwa an ein Militär zu Verteidigungszwecken. Die legitime Befugnis einer Regierung, einen Verteidigungskrieg zu führen, ist moralisch und rechtlich aus dem bereits bestehenden Recht der Menschen auf Selbsterhaltung abgeleitet.

Doch welches Recht hätte ein Einzelner, einen besiegten Feind zu töten, der kapituliert hat, entwaffnet ist und in einer Gefängniszelle sitzt? Welches Recht hätte eine Privatperson, einen Gefangenen hinzurichten, der keine unmittelbare Bedrohung mehr darstellt? Keines. Das Recht auf Selbstverteidigung umfasst nicht das Recht, einen wehrlosen Gefangenen als Vergeltung für eine vergangene Tat zu töten.cht gar nicht besitzen, wie könnten sie es dann an die Regierung übertragen? Das Prinzip ist einfach: Eine Regierung kann durch die Zustimmung der Regierten keine Befugnis erlangen, über die die Regierten selbst nicht verfügen. Inhaftierung schützt die Gesellschaft. Eine Hinrichtung hingegen offenbart den Allmachtsanspruch des Staates.

Die Pläne von Verteidigungsminister Pete Hegseth, einen verurteilten Gefangenen öffentlich hinrichten zu lassen und diesen Vorgang per Livestream zu übertragen, zeugen von einem zutiefst abstossenden Verständnis staatlicher Macht. Sollte ein solches Spektakel tatsächlich stattfinden, wäre dies kein Beweis für die Stärke der amerikanischen Zivilisation – im Gegenteil: Es wäre ein Zeugnis ihres moralischen Verfalls. Die vorsätzliche Vernichtung eines Menschen würde in eine Form politischer Unterhaltung verwandelt, wobei der Staatsapparat als Produzent und Veranstalter fungiert.

Es ist zutiefst beunruhigend, wenn Amtsträger den Tod eines Menschen in eine öffentliche Darbietung verwandeln wollen. Welche Lehre liesse sich aus einem solchen Livestream ziehen? Dass der Staat das Recht zum Töten hat, dass seine Gewalt ein Publikum verdient und dass Erwachsene wie Kinder dabei zusehen und dies gutheissen sollen, wenn das Leben eines wehrlosen, an den Rollstuhl gefesselten Gefangenen durch militärische Scharfschützen ausgelöscht wird? Dass die angemessene Antwort auf ein Verbrechen nicht die Einhegung von Macht ist, sondern deren tödlichste Ausprägung zu feiern?

Dies ist ein grausamer und beispielloser Abstieg in die Barbarei – eine Verherrlichung staatlichen Tötens und eine Einladung, eine Kultur der Angst und des Todes zu etablieren. Zivilisation entwickelt sich weiter, indem sie Gewalt eindämmt – selbst als Reaktion auf schreckliche Verbrechen. Barbarei hingegen breitet sich aus, wenn Gewalt zum Instrument für öffentliche Spektakel und kollektive Befriedigung wird.

Die Einbeziehung des Militärs macht diesen Vorschlag umso grotesker. Das Verteidigungsministerium ist dazu da, das Land gegen äussere Bedrohungen zu verteidigen – nicht dazu, die Hinrichtung von Gefangenen in eine Propagandainszenierung zu verwandeln. Die Streitkräfte sollten nicht zu blossen Bühnenarbeitern in einem politischen Moralstück degradiert werden, in dem die Regierung ihre Macht über das Leben eines Gefangenen zelebriert.

Eine freie Gesellschaft sollte besonders wachsam sein, wenn der Staat versucht, seine Fähigkeit zu töten öffentlich zu inszenieren. Die Gründerväter der amerikanischen Verfassung wussten, dass staatliche Macht stets begrenzt und eingehegt werden muss – sie darf keinesfalls verehrt werden. Öffentlich zelebrierte Hinrichtungen würden das Gegenteil fördern: eine Ehrfurcht vor der staatlichen Fähigkeit zur Vernichtung, anstatt Respekt vor der staatlichen Verpflichtung zum Schutz.

Eine Regierung, die moralischen Ernst beweisen will, sollte Unschuldige schützen, Straftaten fair verfolgen, rechtsstaatliche Verfahren gewährleisten und gefährliche Straftäter sicher verwahren. Eine lebenslange Frei-

heitsstrafe macht einen Mörder unschädlich, ohne dass die Gesellschaft so tun muss, als sei das Töten ein Akt der Heilung. Zudem bleibt die Möglichkeit bestehen, ein Fehlurteil zu korrigieren.
Nichts davon schmälert das Leid der Mordopfer oder ihrer Angehörigen. Ihr Verlust ist tiefgreifend, und ihre unendliche Trauer verdient Mitgefühl – keine politische Instrumentalisierung. Doch der Staat erweist den Opfern keine Ehre, indem er die Gewalt nachahmt, die sie vernichtet hat. Er ehrt sie vielmehr, indem er ein Justizsystem schafft, das sich weigert, Rache mit Tugend zu verwechseln.
Die Werte, die sowohl der Unabhängigkeitserklärung als auch der Verfassung zugrunde liegen, lehnen eine Regierung mit unbegrenzter Macht ab. Die Gründerväter schufen eine Regierung mit begrenzten Befugnissen, deren Legitimität davon abhängt, worin die Regierten tatsächlich eingewilligt haben. Zustimmung ist kein Blankoscheck, und eine demokratische Mehrheit kann staatliches Handeln nicht allein dadurch moralisch legitimieren, dass sie es finanziert.
Die Todesstrafe verwandelt den Staat vom Beschützer des Lebens in dessen vorsätzlichen Zerstörer – und verlangt dann von der Öffentlichkeit, diese Zerstörung als ‹Gerechtigkeit› zu bezeichnen. Eine öffentlich übertragene Hinrichtung würde diesen Widerspruch auf die Spitze treiben: Sie würde den Tod zum Spektakel und staatliche Gewalt zu pornografischer Unterhaltung machen.
Ein freies Volk sollte diese Kultur des Todes ablehnen.
Was eine zivilisierte Regierung auszeichnet, ist nicht, wie effizient sie einen wehrlosen Gefangenen tötet oder wie viele Zuschauer sie dazu versammeln kann. Es ist vielmehr die Konsequenz, mit der sie ihre eigene Macht begrenzt – selbst dann, wenn Wut, Angst und der Ruf nach Rache eine solche Zurückhaltung politisch unbequem erscheinen lassen.
Der Staat existiert, um unsere natürlichen Rechte zu schützen – nicht, um als letzte, unanfechtbare Instanz darüber zu entscheiden, wer leben darf. Wenn der Staat behauptet, sein Recht zu töten sei ihm von Natur aus eigen und moralisch gerechtfertigt, dann verlangt er eine Unterwerfung, die kein freies Volk gewähren sollte.
erschienen am 15. Oktober 2026 auf > Antiwar.com
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_10_15_einekultur.htm

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

20.10.2026



UNRWA-Chef Philippe Lazzarini vor der Uno-Generalversammlung in New York am 23 September 2024. © UN Photo/Loey Felipe

Keine Lösung ohne Druck auf Israel

Im Buch ‹Témoin de Gaza› gibt der Ex-UNRWA-Chef Philippe Lazzarini Einblicke in die Diplomatie – ungewohnt offen und entlarvend.

Gabriela Neuhaus

Sechs Jahre lang, von März 2020 bis Ende März 2026, war der Schweizer Diplomat Philippe Lazzarini Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Ein Job, dessen Herausforderungen er zu kennen glaubte, als ihn UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit diesem Amt betraute.
Trotzdem war er etwas überrascht, als der israelische Aussenminister anlässlich eines ersten Treffens Klartext sprach: «Wir lehnen die Daseinsberechtigung der UNRWA ab, aber da Sie nun einmal hier sind und wir keine Alternative anzubieten haben, werden wir auf operativer und pragmatischer Ebene mit Ihnen zusammenarbeiten.»

Diese Haltung der israelischen Politik gegenüber der UNRWA änderte sich nach der Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 jedoch grundlegend. Die UNRWA wurde vom ‹notwendigen Übel› nun definitiv zum Gegner, den es zu eliminieren galt, wie Philippe Lazzarini in seinem soeben erschienen Erfahrungsbericht über seine Tätigkeit bei der UNRWA zusammenfasst.
Das auf Französisch erschienene Buch bietet nicht nur einen willkommenen Überblick über die Chronologie der Ereignisse nach dem 7. Oktober in Bezug auf Gaza, sondern beschreibt eindrücklich die komplexen Mechanismen der internationalen Politik und deren Auswirkungen auf die betroffenen Menschen.
Ein Beispiel dafür ist die von Israel betriebene Diffamierungskampagne gegen die UNRWA, die dazu geführt hat, dass zahlreiche Staaten – darunter auch die Schweiz – zeitweise ihre Verantwortung für die finanzielle Unterstützung des UN-Hilfswerks nicht mehr wahrnahmen.
Obschon die von Israel behauptete Beteiligung von 19 Angestellten der UNRWA am Überfall vom 7. Oktober durch externe wie interne Untersuchungen der Vereinten Nationen nicht bestätigt werden konnten[1], hatten die Behauptungen massive negative Folgen für die Hilfsorganisation. Aufgrund ihrer unsicheren und unzureichenden Finanzierung ist es fraglicher denn je, ob und wie lange die UNRWA ihre von der UN-Vollversammlung definierte Aufgabe noch erfüllen kann.
Lazzarini ist während seiner Amtszeit als unermüdlicher Fürsprecher des internationalen Rechts, der Uno und der Einhaltung der Menschenrechte aufgetreten. Auch hinter den Kulissen setzte er, auf diplomatischer Ebene, alles daran, dass das Hilfswerk mit seinen 30’000 Angestellten seine Aufgabe trotz aller Behinderungen weitestmöglich erfüllen konnte.
In seinem Buch gibt er spannende und erschreckend entlarvende Einblicke in die realpolitische Mechanik der internationalen Politik: Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa Spanien oder Irland – gebärdeten sich die Verantwortlichen vieler westlicher Nationen gegenüber der UNRWA als opportunistische Vertreter einer Politik, die sich davor scheut, Israels Verletzungen des Völkerrechts zu benennen und anzuprangern – aus Angst, mit dem Label ‹antisemitisch› gebrandmarkt zu werden.
Gut sechs Monate nach dem Ende seines Mandats hat Philippe Lazzarini letzte Woche in Paris sein Buch ‹Témoin de Gaza, ce qui ne s’efface pas› vorgestellt. Wir haben ihn anlässlich der ‹Rencontres Occident Orient› in Siders VS getroffen und mit ihm über sein Engagement und seine Einschätzungen zur aktuellen Entwicklung im Nahen Osten und der Uno gesprochen. Als erstes die Frage, weshalb er nach der intensiven Zeit, während der er im politischen Dauerkreuzfeuer stand, dieses Buch geschrieben habe:

Philippe Lazzarini: Die letzten drei Jahre waren besonders ereignisreich und intensiv. Ich war sowohl an vorderster Front in Gaza wie auch hinter den Kulissen, in der internationalen Diplomatie, mit einem aussergewöhnlichen Drama konfrontiert und wollte die Erinnerung daran festhalten, solange sie noch frisch war. Auch wenn wir laufend auf die entsetzliche Tragödie hingewiesen haben, war es mir wichtig, die Geschichte als Ganzes zu erzählen. Zwar wurde sie täglich dokumentiert, dadurch hatte man aber jedes Mal nur einzelne Puzzleteile, die nie wirklich zusammengefügt wurden. Im Buch geht es darum, dass die Erinnerung an die Geschehnisse nicht verblasst, ich wollte etwas Dauerhaftes hinterlassen. Auch, weil ich weiss, welcher Druck auf die Palästinenser ausgeübt wird, und dass wir uns immer weiter von einer politischen Lösung entfernen …

Wie hat sich die Situation im Nahen Osten seit ihrem Abgang als UNRWA-Chef entwickelt?
Lazzarini: Die Lage in der Region ist dramatisch. In Gaza gibt es einen Waffenstillstand, der nur dem Namen nach besteht. Die Feindseligkeiten dauern an, jeden Tag gibt es militärische Angriffe. Das Unicef berichtete kürzlich, dass seit dem Tag der Ausrufung des Waffenstillstands in Gaza täglich ein Kind getötet wird. Der Waffenstillstand hat zwar verhindert, dass sich erneut eine Hungersnot ausbreitet, aber abgesehen davon, ist das Leben für die Menschen absolut elend. Als der Waffenstillstand begann, war der Gazastreifen zweigeteilt: 50 Prozent standen vollständig unter der Kontrolle der israelischen Armee, in den anderen 50 Prozent war die Bevölkerung zusammengepfercht. Seither hat die israelische Armee ihre Ausdehnung weiter vorangetrieben und beherrscht heute 70 Prozent des Gebiets, während die Bevölkerung in die restlichen 30 Prozent des Gazastreifens gedrängt ist. Der Waffenstillstand hat zudem dazu geführt, dass sich die Aufmerksamkeit von der Gaza-Frage abgewandt hat. Gaza und Palästina stehen nicht mehr oben auf der politischen Agenda der internationalen Gemeinschaft, angesichts all der Ereignisse, die sich ebenfalls in der Region abspielen, wie etwa die Kriege im Jemen oder im Libanon.

Immerhin gibt es den Friedensplan von US-Präsident Trump mit dem Friedensrat, der vom UN-Sicherheitsrat mit einer Resolution abgesichert worden ist.
Lazzarini: Das ist ein Prozess, der in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das Einzige, was wir auf dem Tisch haben, ist ein Friedensplan, der nur den Wiederaufbau und die Rehabilitation ins Auge fasst, jedoch keinerlei Elemente enthält, die darauf abzielen, eine politische Lösung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir, dass die alltägliche Gewalt weiter geht, die Zusammenstösse kaum noch unter Kontrolle sind, und dass das Leben für die palästinensische Bevölkerung immer unerträglicher

und unhaltbarer wird – nicht nur in Gaza, auch im Westjordanland; mit dieser Angst und dieser Furcht, die die Menschen jedes Mal quält, wenn sie von einem Ort zum anderen gehen, aus Angst, Opfer eines völlig willkürlichen Vorfalls zu werden, ausgelöst durch Siedler oder bei Strassenkontrollen der israelischen Armee.

Welche Rolle spielt die UNRWA aktuell in den besetzten Gebieten?
Lazzarini: Die Hilfskonvois der UNRWA nach Gaza wurden von Israel schon vor gut einem Jahr verboten. Auch in Ost-Jerusalem ist die UNRWA nicht mehr präsent, aufgrund der vom israelischen Parlament verabschiedeten Gesetze, die jegliche Tätigkeit der UNRWA im Hoheitsgebiet des Staates Israel verbieten – wozu aus israelischer Sicht auch Ost-Jerusalem gehört. Diese Gesetze wurden umgesetzt, obschon sie gegen internationales Recht verstossen. In Gaza beschäftigt die UNRWA nach wie vor 10'000 bis 11'000 Mitarbeitende, die vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen tätig sind. Allerdings hat der (von US-Präsident Trump eingesetzte, Anmerkung der Redaktion) Friedensrat erklärt, dass die UNRWA in der Transitionsphase keine Rolle spielen werde. Damit übernimmt er die Position der israelischen Regierung. Die vollständige Ablösung der UNRWA bleibt also weiterhin ein politisches Ziel. Während die Israelis dieses Ziel in Ost-Jerusalem erreicht haben, üben sie weiterhin Druck auf Gaza aus. Tatsächlich sind aber unsere Kollegen und Kolleginnen in Gaza nach wie vor die wichtigsten Akteure im Gesundheitswesen und die wichtigste Organisation, wenn es darum geht, das schwere Trauma der Hunderttausenden von Kindern im Gazastreifen zu lindern, die dort einst unsere Schulen besucht haben. Diese Aktivitäten gehen weiter. Sie zu verhindern, ist schwierig, da es sich um menschliche Dienstleistungen handelt und nicht um humanitäre Hilfstransporte.

Sie beschreiben in Ihrem Buch eindrücklich die Bedeutung von Schulen und Ausbildung für Palästinenser:innen – eine Aufgabe, welche die UNRWA während Jahrzehnten erfüllt hat. Wie sieht es diesbezüglich aktuell aus, und was sind die Perspektiven?
Lazzarini: Die Bildung war das Einzige, das ihnen nie genommen wurde. Man hat ihnen Land weggenommen, man hat ihnen Häuser weggenommen, man hat sie enteignet ... So ist die Bildung als einziger Schlüssel für eine bessere Zukunft zum Stolz der Palästinenser:innen geworden. Heute entzieht man ihnen auch noch dieses Recht, was meiner Meinung nach absolut katastrophal ist, weil die zunehmende Verzweiflung ein fruchtbarer Nährboden für noch mehr Radikalisierung ist. Es ist schwierig, eine Zukunft aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt sowie auf Frieden und Sicherheit basiert, wenn man eine Bevölkerung, die darüber hinaus völlig traumatisiert ist, in einem solchen Zustand der Hoffnungslosigkeit hält. Deshalb habe ich mir oft gesagt, dass Bildung als gemeinsame Priorität, als dringende Aufgabe hätte betrachtet werden müssen – aus der Erkenntnis, dass man, wenn man sich wirklich für die Förderung und die Stärkung von Frieden und Sicherheit in der Region einsetzen will, in diese Bildung investieren muss. Leider geschieht gerade genau das Gegenteil.

Scharfe Kritik und damit verbunden notorischer Geldmangel, insbesondere nach den Verdächtigungen und Anschuldigungen der Komplizenschaft mit der Hamas, zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre Ihres Mandats. Gibt es unter diesen Voraussetzungen eine Perspektive für die UNRWA?
Lazzarini: Die Organisation ist natürlich von all diesen Desinformationskampagnen betroffen. Sie ist gewissermassen politischen Erwägungen ausgeliefert, darunter auch solchen auf nationaler Ebene unserer Geberländer. Wahlen habe ich immer mit einer gewissen Besorgnis verfolgt, weil man je nach Wahlergebnis nicht weiss, ob ein Land weiterhin Beiträge an die Organisation leisten wird oder nicht – was jeweils im umgekehrten Verhältnis zur Unterstützung oder Nichtunterstützung der Politik der israelischen Regierung steht. Die Organisation leidet weiterhin unter einer beispiellosen finanziellen Lage. Bevor ich ging, musste ich eine äusserst schwierige und schmerzhafte Entscheidung treffen: Statt unsere Mitarbeitenden für ihre absolut heldenhafte Arbeit zu belohnen, musste ich den meisten von ihnen das Gehalt um 20 Prozent kürzen. In der Tat stellt sich angesichts der anhaltend prekären finanziellen Situation die Frage, ob die UNRWA überleben wird. Dabei darf man nicht vergessen, dass die UNRWA jene Organisation ist, die bislang in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und sozialer Absicherung die Lücke gefüllt hat, die durch das Fehlen öffentlicher Institutionen für die palästinensische Bevölkerung entstanden ist. Wer wird diese Dienstleistungen übernehmen, wenn es die UNRWA nicht mehr gibt? Während meiner Zeit als UNRWA-Chef habe ich oft darauf hingewiesen, dass die UN-Generalversammlung immer wieder die Verlängerung unseres Mandats beschlossen und uns damit verpflichtet hat, öffentliche Dienstleistungen für Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu erbringen. Gleichzeitig ist die UN-Organisation jedoch für die Durchführung dieses Auftrags vollständig von freiwilligen Beiträgen abhängig und verfügt – im Gegensatz zu anderen öffentlichen Einrichtungen – über keinerlei steuerliche Instrumente. Damit befindet man sich immer ein wenig zwischen Hammer und Amboss.

Wie erlebten Sie die Rolle der Schweiz angesichts der politisch aufgeheizten Debatten zum Nahost-Konflikt ?

Lazzarini: Von der Schweiz als Hüterin der Genfer Konventionen hätte ich erwartet, dass sie sich stärker für deren Einhaltung engagiert. Was mich am meisten überrascht hat, war die Erfahrung, wie beeinflussbar und den Interessen von Drittstaaten ausgesetzt unser Parlament ist. Natürlich wusste ich, dass es in jedem Land Interessensgruppen gibt, die versuchen, die Politik zu beeinflussen, um den Markt oder die Wirtschaft nach ihrem Gusto zu regulieren. Neu war für mich jedoch, dass es darüber hinaus auch Lobbygruppen gibt die für andere Staaten werben – in diesem Fall Israel. Und dass der Zugang Organisationen gewährt wird, die als Sprachrohr dieses Staates fungieren und von unseren Politikern als ebenso glaubwürdig, wenn nicht sogar glaubwürdiger angesehen werden als Vertreter internationaler Organisationen wie des Internationalen Roten Kreuzes oder der Vereinten Nationen. Mich hat überrascht, wie viele Parlamentarier:innen dazu neigen, die erste Information, die ihnen seitens gewisser Lobbygruppen zu Ohren kommt, ungeprüft zu übernehmen, ohne sich die Mühe zu machen, sich gründlicher zu informieren. Wenn man bedenkt, wie emotional der israelisch-palästinensische Konflikt geführt wird und zutiefst polarisiert, ist es besonders frappant, wie viele Parlamentarier:innen zum Beispiel die Informationen einer Organisation als bare Münze nehmen und als neutral und glaubwürdig betrachten, deren Geschäftsführer in den letzten drei Jahren regelmässig als Sprecher der israelischen Armee fungierte (Marcus Sheff, Geschäftsführer von Impact-se und seit Oktober 2023 Sprecher der IDF, Anmerkung der Redaktion).

Dies hatte auch Auswirkungen auf die UNRWA-Beiträge der Schweiz, die ihre Verpflichtungen zeitweise nicht erfüllt hat …
Lazzarini: Schon im Herbst 2023 – noch vor den von Israel erhobenen Terror-Vorwürfen gegen einzelne UNRWA-Mitarbeitende – wurde im Schweizer Parlament ein Antrag mit grossem Mehr angenommen, die Beiträge an die UNRWA vorübergehend auszusetzen. Das war schockierend, in einem Moment, als der Bedarf rasant anstieg. Später wurden die Mittel von 20 Millionen auf 10 Millionen pro Jahr gekürzt und an Bedingungen geknüpft. Ein politisch motivierter Beitrag, der bewusst klein und bescheiden gehalten wird.

Sie vergleichen in Ihrem Buch den Umgang der westlichen Politik mit Israel mit der «blinden Liebe eines Elternteils zu seinem Kind», die dazu führt, dass sich das Kind zu einem Monster entwickelt … Geht es dabei aber nicht auch um handfeste nationale Interessen, wenn man an die engen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zahlreicher Länder – auch der Schweiz – mit Israel denkt?
Lazzarini: Natürlich stehen letztlich enorme wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Vor allem in den Bereichen Hightech, Überwachung und künstliche Intelligenz, was manche Länder vielleicht zögern lässt. Was ich mit diesem Vergleich aber vor allem sagen wollte: Wenn man den Kreislauf der Straflosigkeit aufrechterhält, endet das in einem Blutbad. Bislang hat Israel für all seine Verstösse gegen das Völkerrecht nicht die geringste Vergeltung erhalten. Es gab weder diplomatische noch wirtschaftliche oder sonstige Konsequenzen. Schauen Sie sich all die Diskussionen an, die zur Frage des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel geführt wurden. Dabei steht im Assoziierungsabkommen unmissverständlich: Die Menschenrechte müssen geachtet werden. So einfach ist das. Obschon dem Ausschuss zahlreiche Berichte vorgelegt wurden, die belegen, dass Menschenrechte verletzt werden, haben es die 27 Mitgliedstaaten nicht geschafft, sich auf Massnahmen gegen Israel zu einigen … Je länger wir diesen Kreislauf der Straflosigkeit aufrechterhalten, desto weniger werden wir etwas ändern können. Heute wissen wir, dass der Wandel nicht von innen kommen wird: Egal, ob bei den aktuellen Wahlen in Israel die Opposition oder die derzeitige Regierungspartei gewinnt – niemand wird auch nur den geringsten Prozess der Annäherung, des Dialogs oder des Friedens mit den Palästinensern einleiten. Keine politische Partei hatte dieses Thema in ihrem Wahlprogramm: Sie sind sich alle einig, dass es keine Zwei-Staaten-Lösung geben wird. Wenn man wirklich daran festhalten will, und nicht nur mit Worten, muss der Druck von aussen kommen. Je länger die Straflosigkeit andauert, desto mehr werden sie weiterhin das Völkerrecht mit Füssen treten und missachten.

[1] *Diese Angestellten waren aufgrund der israelischen Anschuldigungen von Lazzarini umgehend entlassen worden. Über die anschliessenden Untersuchungen schreibt Lazzarini in seinem Buch: «Im Fall eines Mitarbeiters lagen keine Beweise vor: Es handelte sich um einen Irrtum, und er wurde wieder in die Agentur aufgenommen. Bei neun weiteren Mitarbeitern waren die vorgelegten Beweise schlichtweg unzureichend, und die Ermittler schlossen diese Fälle ab. Bei den verbleibenden neun Mitarbeitern könnten die vorgelegten Beweise – sofern sie beglaubigt und bestätigt werden – die Grundlage für eine Strafverfolgung hinsichtlich ihrer mutmasslichen Rolle bei den Anschlägen vom 7. Oktober bilden. Keiner der betroffenen Mitarbeiter wurde direkt von den Ermittlern befragt.» – Da Israel trotz wiederholter Aufforderungen durch die Untersuchenden keine weiteren Beweise für seine Anschuldigungen vorlegte, konnte in keinem der Fälle eine Strafverfolgung aufgenommen werden.*



depositphotoscom

Russland wird beschuldigt, Beweise bleiben geheim: Das Muster breitet sich in NATO-Staaten aus

uncut-news.ch, Oktober 28, 2026

Ein bemerkenswertes Muster zeichnet sich innerhalb der NATO ab: Regierungen erheben schwerwiegende Vorwürfe gegen Russland, sprechen von Sabotage, Cyberangriffen und hybrider Kriegsführung – doch wenn Journalisten oder Abgeordnete nach den konkreten Beweisen fragen, bleiben diese unter Verschluss.

Zunächst Deutschland, nun die Niederlande.

Ausgangspunkt ist der Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig/Halle vom 4. August 2026. Die Bundesregierung erklärte Anfang September, Russland trage eindeutig die Verantwortung für den versuchten Angriff. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt verwies auf drei Bereiche: Tatmuster, polizeiliche Ermittlungen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Jede dieser drei Säulen hätte nach Darstellung der Bundesregierung bereits für sich ausgereicht, um Russland die Tat politisch zuzuschreiben.

Die Öffentlichkeit bekam die zugrunde liegenden Beweise allerdings nicht zu sehen.

Als Journalisten die Bundesregierung am 2. September ausdrücklich fragten, warum sie trotz ihrer eindeutigen Anschuldigungen keine Beweise vorlege, blieb Regierungssprecher Stefan Meyer bei der Darstellung, dass die vorhandenen Ermittlungen eine eindeutige Zuordnung ermöglichten. Konkretes Beweismaterial wurde nicht veröffentlicht. Gleichzeitig stellte die Bundesregierung klar, dass es sich um eine **politische Attribuierung** handele und die strafrechtlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Noch Ende September blieb die Situation unverändert. Auf die erneute Frage eines Journalisten nach Belegen erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes: **«Ich habe hier für Sie auch keine neuen Belege.»** Deutschland habe den Vorfall Russland zugeschrieben und dies der russischen Seite mitgeteilt.

Trotz dieser fehlenden öffentlichen Beweisführung übernahm die NATO die deutsche Zuschreibung praktisch unmittelbar.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte sprach wenige Tage später ausdrücklich von **«Russlands rücksichtslosem hybriden Angriff in Leipzig»** und erklärte die volle Solidarität des Bündnisses mit Deutschland. Er betonte sogar, ein Verbündeter nach dem anderen habe sich hinter Berlin gestellt.

Damit wurde aus einer deutschen politischen Attribuierung innerhalb kürzester Zeit eine von der NATO übernommene Darstellung.

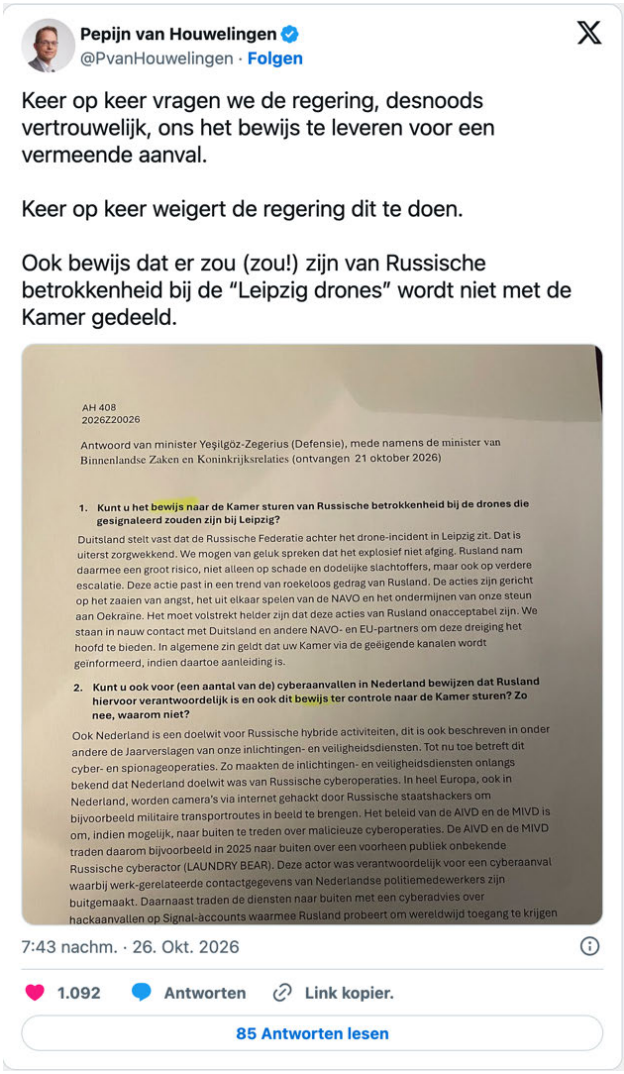
Nun dasselbe Spiel in den Niederlanden

Am 25. September wollte der niederländische Abgeordnete Pepijn van Houwelingen genau wissen, worauf diese Anschuldigungen beruhen. Er stellte Verteidigungsministerin Dilan Yeşilgöz eine denkbar einfache Frage:

Kann die Regierung dem Parlament die Beweise für eine russische Beteiligung am Leipziger Drohnenvorfall vorlegen?

Zusätzlich wollte er Beweise für mehrere Cyberangriffe sehen, die Russland in den Niederlanden zugeschrieben werden.

Immer wieder fordern wir die Regierung, notfalls vertraulich, auf, uns den Beweis für einen angeblichen Angriff zu liefern. Immer wieder verweigert die Regierung dies. Auch Beweise, die es angeblich (angeblich!) geben soll für eine russische Beteiligung an den ‹Leipzig-Drohnen›, werden nicht mit dem Parlament geteilt.



Die Antwort vom 21. Oktober ist bemerkenswert. Yeşilgöz legte keine Beweise vor. Stattdessen erklärte sie: **«Deutschland stellt fest, dass die Russische Föderation hinter dem Drohnenvorfall in Leipzig steckt.»**
Sie bezeichnete den Vorfall als äusserst besorgniserregend und ordnete ihn einem Muster russischen Verhaltens zu, das darauf gerichtet sei, Angst zu verbreiten, die NATO auseinanderzuspielen und die Unterstützung der Ukraine zu untergraben.
Auf die konkrete Forderung nach Beweisen folgte lediglich der Hinweis, dass das Parlament **«über die dafür vorgesehenen Kanäle informiert wird, wenn dafür Anlass besteht»**. Mit anderen Worten: Die niederländische Regierung übernimmt die deutsche Zuschreibung – legt dem fragenden Abgeordneten aber ebenfalls kein Beweismaterial zur Kontrolle vor.

Auch bei Cyberangriffen keine öffentliche Beweisführung

Dasselbe wiederholt sich bei den russischen Cyberoperationen.
Van Houwelingen wollte wissen, ob die Regierung zumindest für einige der Russland zugeschriebenen Cyberangriffe konkrete Beweise vorlegen könne.
Die Antwort verweist auf Erkenntnisse der Nachrichtendienste AIVD und MIVD. Russische staatliche Hacker sollen unter anderem über das Internet erreichbare Kameras entlang militärischer Transportrouten kompromittiert haben. Ausserdem verweist die Regierung auf die Hackergruppe ‹Laundry Bear›, einen Angriff auf dienstliche Kontaktdaten niederländischer Polizeimitarbeiter und Angriffe auf Signal-Konten von Beamten, Journalisten und Militärangehörigen.
Doch auch hier lautet die entscheidende Antwort: Vertrauliche Erkenntnisse würden lediglich über die dafür vorgesehenen parlamentarischen Kanäle weitergegeben.
Ob die für Leipzig entscheidenden Beweise überhaupt dem zuständigen geheimen parlamentarischen Kontrollgremium vorgelegt wurden, geht aus der veröffentlichten Antwort nicht hervor.

Behauptung, politische Attribuierung, Bündnissolidarität

Damit entsteht ein politisch relevantes Muster.

Deutschland erklärt auf Grundlage von Polizei, Tatmustern und Geheimdiensterkenntnissen, Russland stehe hinter einem schweren Vorfall. Die konkreten Beweise bleiben geheim. Die NATO übernimmt diese Zuschreibung und spricht bereits von einem russischen hybriden Angriff. Die niederländische Regierung übernimmt anschliessend dieselbe Bewertung. Als ein Abgeordneter die Beweise sehen möchte, erhält auch er sie nicht, sondern wird auf mögliche vertrauliche Informationswege verwiesen.
Das bedeutet nicht automatisch, dass die russische Verantwortung falsch ist. Geheimdienste können gute Gründe haben, Quellen, technische Fähigkeiten und Ermittlungswege nicht öffentlich preiszugeben.
Doch ebenso klar ist: **Die Öffentlichkeit kann die zentralen Vorwürfe nicht selbst überprüfen. Und selbst gewählte Abgeordnete erhalten auf direkte Nachfrage nicht zwangsläufig Zugang zu dem Material, auf dessen Grundlage weitreichende politische Aussagen getroffen werden.**
Das ist besonders relevant, weil solche Zuschreibungen längst nicht nur diplomatische Folgen haben. Sie dienen als Begründung für verschärfte Sicherheitsmassnahmen, höhere Verteidigungsausgaben, Sanktionen und eine zunehmend konfrontative Politik gegenüber Russland.
Aus der vertraulichen Einschätzung eines nationalen Geheimdienstes wird so innerhalb kurzer Zeit eine politische Gewissheit des gesamten Bündnisses.
Erst Deutschland, jetzt die Niederlande: Der Vorwurf steht öffentlich fest – die Beweise bleiben geheim. Und die NATO-Partner übernehmen die Zuschreibung, obwohl die Öffentlichkeit ihre Grundlage nicht überprüfen kann.
Je häufiger dieses Vorgehen angewandt wird, desto wichtiger wird eine einfache demokratische Frage: **Wie sollen Parlamente und Bürger die Tragweite solcher Anschuldigungen beurteilen, wenn ihnen die entscheidenden Belege nicht vorgelegt werden?**
Quelle: https://uncutnews.ch/russland-wird-beschuldigt-beweise-bleiben-geheim-das-muster-breitet-sich-in-nato-staaten-aus

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

27.10.2026



Lula da Silva nach seiner Wiederwahl. © EPAImagees/Isaac Fontana

Lula schafft die Wiederwahl – den USA entgeht ein Fischzug

Damit haben Lateinamerikas Konservative und die ‹Libertären› in aller Welt nicht gerechnet: Der amtierende Präsident hat gewonnen.

Romeo Rey

Brasiliens amtierender Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat die Stichwahl mit 51,75 Prozent der Stimmen gewonnen. Der Arbeiterpartei ist es gelungen, die Mehrheit jener 48 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer, die sich bei der ersten Runde um das oberste Amt im Riesenstaat der Stimme enthalten hatten, im entscheidenden Moment zu mobilisieren.
Nun wird Lula am 1. Januar 2027 als 81-Jähriger seine vierte Amtszeit antreten. Er übernimmt damit die Macht in einem Land, dessen Parlament von der politischen Rechten dominiert wird – die allerdings in sich mehrfach gespalten ist.

Die Gefahr scheint gebannt, dass sich nach einem allzu knappen Resultat der geschlagene Kandidat Flávio Bolsonaro und seine Gefolgschaft weigern könnten, die bittere Pille zu schlucken. 3,5 Prozentpunkte Vorsprung sollten genügen, um Putschversuche, wie sie einst Donald Trump und vor vier Jahren Bolsonaros Vater Jair unternommen haben, zu verhindern. Dieser wurde vom Obersten Gericht der Nation, das in Fällen von Landesverrat direkt zuständig ist, mit 27 Jahren Haft bestraft.

Als wenn sie Terroristen wären

Wäre Lula mit minimalem Vorsprung aus der Stichwahl hervorgegangen, hätte das solche Putschgelüste vermutlich im Nu wieder angeheizt und zu einer schwierigen Prüfung für Brasiliens verfassungsmässige Ordnung führen können. Bolsonaros Anhänger hatten bis hinauf zur Führungsriege die gemässigt linksgerichtete Arbeiterbewegung noch und noch als ‹Feinde› gebrandmarkt, als wenn sie alle Terroristen wären. Zudem wurden massive Vorwürfe wegen Korruption gegen Lulas Regierung erhoben, die von der Justiz eingehend untersucht und zumindest im Fall des Präsidenten als gegenstandslos erklärt wurden, weshalb Lula nach über einem Jahr aus der Haft entlassen wurde.

Für das konservative Lager Lateinamerikas stellt das Verdikt der 214-Millionen-Nation eine herbe Enttäuschung dar. Das benachbarte, vergleichsweise kleine Uruguay, das vielen Beobachtern mit seinen 3,5 Millionen Menschen als demokratisches Vorbild gilt, wäre bei einem Triumph des Bolsonarismo in Südamerika allein auf weiter Flur geblieben. Die Linke fast des gesamten Subkontinents wäre gewissermassen in die Wüste geschickt worden.

Politische Vielfalt vorerst gewahrt

Mit dem Sieg von Lula da Silva und der Kontinuität der ebenfalls sozialdemokratisch orientierten Regierung von Präsidentin Claudia Sheinbaum in Mexiko dürfte ein gesundes Mass an politischer Vielfalt auf dem Erdteil fürs Erste gewahrt sein.

Doch zurück zu Brasilien. Dass eine absolute Mehrheit von Stimmberechtigten die Verdienste des Partido dos Trabalhadores (PT) um eine gerechtere Verteilung des Reichtums dank aktiver Sozialpolitik anerkennt, ist sachlich nachvollziehbar. Die in Spanisch erscheinende Monatszeitschrift ‹Nueva Sociedad› hat schon im vergangenen April Bilanz gezogen. Dem ultrarechten Expräsidenten Jair Bolsonaro konnte eindeutig nachgewiesen werden, dass es während seiner Herrschaft Rückschläge gab, unter anderem auch bei der Umweltpolitik, vor allem bei den Brandrodungen in Amazonien.

Das Urteil über Lula fällt hingegen auch in wirtschaftspolitischen Belangen überwiegend positiv aus: Eine einstellige Teuerungsrate mit vorsichtigen realen Lohnerhöhungen, mit so geringen offiziellen Arbeitslosenquoten wie kaum jemals zuvor wie auch ein massvolles Wachstum der Gesamtwirtschaft (BIP), das sind Eckdaten, die von der Bevölkerung generell verstanden und gebilligt werden. Als Schattenseiten sind anderseits die konstant steigende Verschuldung des Staates und der privaten Haushalte – insgesamt liegt sie bei rund 80 Prozent des BIP – sowie der frappant hohe Leitzins von 13 Prozent zu nennen, ein viele Jahrzehnte altes Übel in diesem Land, das mühelose sogenannte Overnight-Gewinne von wohlhabenden Bankkunden erlaubt.

Diese Einschätzung wurde grosso modo auch vom deutschsprachigen ‹IPG-Journal› geteilt. Gewisse Bedenken weckt allenthalben Lulas Alter. Immerhin steht ihm mit dem 73-jährigen Geraldo Alckmin einer der Gründer der Sozialistischen Partei Brasiliens (PSB) zur Seite, die allerdings für viele Sachverständige eher zur politischen Mitte gehört, als eine linksgerichtete Kraft ist. Er war früher Gouverneur des Gliedstaats São Paulo und amtierte in den letzten vier Jahren als Vizepräsident der Republik.

Niederlage für Washington

Mit der Niederlage Bolsonaros an den Urnen ist Washington ein gewaltiger Fischzug entgangen. Eines der zentralen Anliegen der Regierung Trump besteht offensichtlich darin, den im letzten Vierteljahrhundert an China verlorenen wirtschaftspolitischen Einfluss zurückzugewinnen und dabei in gewohnter Manier, wie ‹IPG› befürchtet, Hand auf die vielen strategisch wichtigen Ressourcen Lateinamerikas – und ganz besonders Brasiliens – zu legen. Man scheint im Umfeld des US-Präsidenten ohnehin schon lange davon zu träumen, das Geschehen im ‹Hinterhof› wieder in den Griff zu kriegen.

Dagegen widersetzen sich im grössten Staat des Subkontinents nicht nur linksgerichtete politische Kräfte, sondern auch einflussreiche militärische Instanzen. Die Ursprünge ihrer nationalistischen Überzeugungen reichen zurück in die Zeiten ihres eigenen langjährigen Regimes (1964–1985), als die ‹Escola Superior de Guerra› mit Sitz in Rio de Janeiro plötzlich an öffentlicher Bedeutung gewann. In dieser Institution wurden weitreichende Pläne zur Wahrung der nationalen Sicherheit entworfen und gleichzeitig drei ‹Bereiche› definiert, innerhalb derer sich die Wirtschaft im Interesse der ganzen Nation bewegen sollte: Erstens genug Platz für die Entfaltung des staatlichen Kapitals, also für Schwerindustrie, Energie, Militär, öffentliche Verwaltung und so weiter. Zweitens ein Universum der kleinen und mittleren Privatunternehmen und drittens Raum für das Fremdkapital.

Die hohen Offiziere reden immer noch mit

Mit der Zeit verwischten sich – allerdings immer unter der Aufsicht und Kontrolle der Streitkräfte – in der Praxis die Grenzen der einst definierten Bereiche. Was aber Bestand hat, ist die ständige Präsenz hoher Offiziere in Fragen wie der technologischen Abhängigkeit und Lenkung der grossen Kapitalströme. Je näher man der Gegenwart kommt, desto mehr scheinen pragmatische Erwägungen die Welt der Uniformierten, ihrer zivilen Verbündeten und wissenschaftlichen Berater zu bestimmen. Anders wäre der Wandel im Denken in diesem elitären Kreis kaum möglich geworden. Gegen diesen Kern der Macht, der für die konkreten Interessen Brasiliens steht, sind alle Versuche der USA, das verlorene Terrain im handelspolitischen ‹Krieg› gegen China zurückzuerobern, weitgehend erfolglos geblieben.
Erstaunlich in dieser Geschichte ist die Tatsache, dass der Wandel von Prioritäten und Definitionen seit 2003 ohne nachhaltige Störungen unter der zivilpolitischen Führung Lulas stattfinden konnte. Dabei fällt noch ins Gewicht, dass der frühere Gewerkschaftler, kaum zum ersten Mal als Staatspräsident gewählt, Kontakt zu den Mächtigsten dieser Welt suchte, die später die Gruppe der BRICS-Staaten bildeten. Mit diesem ‹Sündenregister› wäre er in den harten ersten Jahren des Militärregimes mit Sicherheit hinter Gitter gesetzt worden.

Auch in Argentinien gibt es bald Wahlen …

Nun bleibt Washington nur die Option, seine ‹Reconquista› (Rückeroberung) – ein langes Kapitel der spanischen Geschichte mit dem Ziel, die Araber nach 700 Jahren von der iberischen Halbinsel zu verjagen – anderswo voranzutreiben. Als williger Partner bei diesem gewagten Einsatz bietet sich das Argentinien des konfusen Libertären Javier Milei an. Doch Achtung: Auch dort gibt es bald Wahlen. Auch dort droht den USA Ungemach.

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

27.10.2026

Dramatische Augenzeugenberichte aus Tuggen

Toter nach Konzert: Verhafteter ist Blood-and-Honour-Nazi

Bei einer Auseinandersetzung nach einem Konzert im Kanton Schwyz starb ein junger Deutscher († 27). Der mutmassliche Totschläger (42) ist langjähriges Mitglied des Neonazi-Netzwerks Blood and Honour – er sitzt in U-Haft. Die Rekonstruktion einer dramatischen Nacht.

Publiziert: 25.10.2026 um 00:02 Uhr

‹Toter nach Konzert›: Der ‹Sonntags-Blick› vom 25. Oktober 2026 über den Tod eines 27-Jährigen in Tuggen. Verhaftet wurde ein 42-jähriger Neonazi. © Screenshot ‹Blick›

Tod in Tuggen

Nach einem Konzert ist ein 27-Jähriger tot, verhaftet wurde ein Neonazi. Die rechtsextreme Gewalt ist nicht verschwunden.

Daniel Ryser

Seit Ende August veröffentlichen wir auf Infosperber die Serie ‹Sommer, Sonne, Remigration› über die neuen Rechtsextremen von den Achtzigern bis heute, basierend auch auf Jürg Frischknechts Buch ‹Schweiz wir kommen›. Im Vorwort seines 1991 erschienen Buchs gedenkt Frischknecht der Toten von Neonazi-Gewalt in der Schweiz: Sieben Menschen – erstickt, totgeschlagen, lebensgefährlich verletzt. Seit zehn Tagen kommt ein neuer Toter hinzu. Ein 27-jähriger Deutscher, der, so berichtet es der ‹Sonntags-Blick›, allem Anschein nach von einem 42-Jährigen totgeschlagen wurde, an der Afterparty eines Konzerts im Bandits in Tuggen im Kanton Schwyz.
Der mutmassliche Täter war Mitglied der Neonazi-Gruppe Blood & Honour. Er sitzt in Untersuchungshaft. Ein weiterer Blood-&-Honour-Mann, der laut ‹Sonntags-Blick› ebenfalls vor Ort war, gab dem Konzertlokal am nächsten Tag fünf Sterne auf Google. Dazu schrieb er: «War eine fette Party gestern.» Bei dem Mann

handelt es sich um den Zwickauer Neonazi R.M., Szene-Spitzname ‹Manole›, einen früheren V-Mann des deutschen Verfassungsschutzes mit engen Verbindungen zum Terrornetzwerk ‹Nationalsozialistischer Untergrund› (NSU). ‹Manole› lebt heute im Sarganserland.
Im Info-Kasten, der jeweils zu unserer Serie erscheint, heisst es: «Sie kamen früher mit Hitlergruss und dem Kofferraum voller Schusswaffen. Sie kamen besoffen am Samstagabend, auf der Suche nach einer Schlägerei im Zürcher Niederdorf. Sie jagten Menschen anderer Hautfarbe durch die Strassen und legten Brände. Die Generation, die heute kommt, die sich zur Identitären Bewegung zählt, tut nichts davon. Sie kommt geschniegelt und behauptet von sich, Gewalt nur zur Selbstverteidigung anzuwenden.»
Aber was heisst das nun für Tuggen? Dass die alte Naziskin-Generation nie verschwunden ist. Und dass sie sich nun mit tödlicher Gewalt zurückmeldete.

Zwei Welten

Der Aufprall der alten Szene in der Gegenwart zeigt sich auch am Alter des mutmasslichen Täters: 42. In der vergangenen Folge erwähnte ich gegenüber Manuel Corchia, dem 24-jährigen Mitgründer der Jungen Tat und einem Repräsentanten der neuen extremen Rechten Pascal L. aus Weinfelden, in den Neunzigern Anführer der Schweizer Hammerskins und einer der gewalttätigsten Neonazis des Landes, jene Naziskin-Generation, aus welcher der mutmassliche Täter von Tuggen stammt.
Corchia kannte ihn nicht. Es erstaunte mich nicht: Die Identitären überschneiden sich zwar in vielen Punkten mit der Ideologie der extremen Rechten der Neunziger, aber die Strategien sind andere. Sie setzen in erster Linie auf Videos und politische Einflussnahme statt auf Gewalt und Strassenkampf. Letztere wiederum waren praktisch das einzige Mittel der sogenannten Hammerskins der Neunziger. Sie endeten mit zahlreichen Gefängnisstrafen, zum Beispiel für Pascal L.

Hochburg am oberen Zürichsee

Die Innerschweiz, wo jetzt ein 27-Jähriger getötet wurde, war immer schon eine Hochburg der extrem gewalttätigen Rechtsextremen, die Region am oberen Zürichsee gilt seit Jahren als Hochburg von Blood & Honour. Ein Umfeld, das wir in der kommenden Woche im Rahmen dieser Serie beleuchten, unter anderem mit einer Person, die in dieser Serie bereits Erwähnung fand: Gery Albisser, auch Gary genannt, bürgerlich Carlo Albisser. Ein Maler aus Littau im Kanton Luzern, der 1990 die Schweizer Hammerskins gründete und bis heute aktiv ist. Die Plattform Exif schrieb ihm 2022 wegen seiner mehr als 35-jährigen Hammerskin-Karriere ein ‹Alleinstellungsmerkmal› zu. Die Hammerskins (gegründet 1988 in Dallas, USA) und Blood & Honour (gegründet 1987 in England), denen der mutmassliche Täter angehört, stritten zum Teil offen um die Vorherrschaft in der Szene. Vereint hat sie die Neonazi-Ideologie.
2019 waren in Schwyz an der Fasnacht am Güdelmontag zwölf Männer als Ku-Klux-Klan aufmarschiert. Es kam zu einer antifaschistischen Demonstration. Vierzig Rechtsextreme (darunter das bald darauf ehemalige Mitglied einer SVP-Ortspartei) pöbelten Demonstrierende an, später tauchte ein Video auf, das Mitglieder von Blood & Honour zeigte: Sie verbrannten ein Transparent, das sie einem Teilnehmenden geklaut hatten, und zeigten den Hitlergruss. Blood & Honour: Das Programm ist Vernichtung, der Tod ist nur die Konsequenz der eigenen Ideologie. Eine Neonazi-Gruppe, die ohnehin auf Gewalt gebaut ist und sich dazu noch eine eigene Truppe hält, die als ihr bewaffneter Arm gilt: Combat 18, Kampftruppe Adolf Hitler.

Tödliche Erinnerung

Das Ende der Neunziger bedeutete mehrheitlich das Ende einer extrem gewalttätigen Phase, in der Neonazis regelmässig offen Jagd auf Menschen machten. Der Fall von Tuggen muss erst juristisch und strafrechtlich aufgearbeitet werden, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen vorsätzlicher Tötung, es gilt die Unschuldsvermutung. Aber angesichts des Beschuldigten, der in Untersuchungshaft sitzt, und der Zeugenaussagen scheint der Fall ziemlich klar: Vier Neonazis gehen an ein Konzert, pöbeln herum, zeigen den Hitlergruss, am Ende ist ein Mann tot. Bestätigt sich das, wäre es das erste öffentlich bekannte Todesopfer rechtsextremer Gewalt in der Schweiz seit Frischknechts ‹Schweiz wir kommen› (abgesehen von jener Abrechnung unter Rechtsextremen selbst, als Mitglieder des ‹Ordens der arischen Ritter› 2001 im malerischen Unterseen im Berner Oberland einen 19-jährigen Kameraden mit einer Eisenstange erschlugen und in den Thunersee warfen).
Immer wieder heisst es auch in den Kommentaren auf Infosperber bezüglich dieser Serie, warum man nicht nach links schaue, dort liege heute die eigentliche Gefahr der Gewalt. Aber das ist Whataboutism. Der Tod von Tuggen erinnert uns an die rechtsextreme Gefahr und daran, dass sie tödlich ist.

Trump redet von Frieden, während die CIA den Krieg in der Ukraine anheizt

Larry C. Johnson, Uncut-news,



Ich habe genug Jahre bei der Central Intelligence Agency verbracht, um gelernt zu haben, wie man die Presseartikel liest, die befreundete Kreise der Behörde für sie platzieren. Shane Harris neues Porträt von CIA-Direktor John Ratcliffe im ‹Atlantic›, veröffentlicht am 23. Oktober, ist einer dieser Artikel. Er ist so geschrieben, dass Ratcliffe wie der nüchterne Profi in einer chaotischen Regierung aussieht. Liest man ihn jedoch aufmerksam, bestätigt er etwas, das Washington vier Jahre lang bestritten hat: Die Vereinigten Staaten versorgen die Ukraine nicht bloss. Durch die CIA kämpfen sie gegen Russland.

«Die CIA ist federführend»

Harris vergräbt die Kernaussage nicht. Gestützt auf Informationen der CIA greift das ukrainische Militär tief in russisches Territorium. Amerikanische Spionagesatelliten liefern der Ukraine Frühwarnungen vor anfliegenden russischen Raketen und Drohnen. Unter den amerikanischen Kräften vor Ort in der Ukraine – so ein pensionierter hochrangiger Offizier, der regelmässig dorthin reist – «ist die CIA federführend».

Es kommt noch besser. Ein baltischer Geheimdienstoffizier, der eng mit den Amerikanern zusammenarbeitet, erklärte gegenüber Harris, dass die CIA-Operationen gegen Russland ungeachtet dessen, was Donald Trump öffentlich sagt, nun ‹weit aggressiver› seien als unter Joe Biden. Offiziere des Special Activities Center der CIA, der Abteilung, die verdeckte und paramilitärische Operationen leitet, sollen zu den Zufriedensten in Langley gehören, weil sie so viel zu tun haben. Und das ist nicht neu. Wie Harris anmerkt, half die CIA nach der russischen Übernahme der Krim 2014 beim Aufbau des modernen ukrainischen Nachrichtendienstapparats. Das war mehr als ein Jahrzehnt lang der Krieg der Behörde.

Gestatten Sie mir, das aus der höflichen Sprache eines Magazinporträts zu übersetzen. Amerikanische Geheimdienste identifizieren die Ziele innerhalb Russlands, amerikanische Satelliten betreiben das Luftverteidigungswarnnetz der Ukraine, und amerikanische Offiziere sind ‹federführend› vor Ort. Wenn Russland das für Mexiko gegen Texas täte, würde Washington es als Kriegshandlung bezeichnen. Moskau sagt seit Jahren, dass es gegen die NATO kämpft, nicht nur gegen die Ukraine. Hier, mit freundlicher Genehmigung des ‹Atlantic› und seiner anonymen Quellen, liegt der Beweis.

Wir schiessen uns selbst in den Kraftstofftank

Nun kommt die Absurdität. Laut Harris ist der Erfolg der CIA zum Problem für den Präsidenten geworden. Die Raffinerieangriffe, bei denen die Behörde hilft, haben die russische Wirtschaft gelähmt. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass die Ukraine in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Durchschnitt alle drei Tage eine russische Raffinerie traf.

Diese Raffinerien produzieren Diesel. Die Welt hat Dieselmangel. Die Internationale Energieagentur sagt, der Engpass werde weit bis 2027 andauern. Und Trump – so Harris – macht die Angriffe auf russische Raffinerien für den Preisanstieg verantwortlich und will, dass sie aufhören. Er soll damit gedroht haben, die Geheimdienstunterstützung für die Ukraine zu kappen, wenn Kiew die Raffinerieangriffe nicht einstellt.

Man bedenke das. Die CIA hilft der Ukraine dabei, russische Raffineriekapazitäten auszuschalten. Die Dieselpreise steigen. Dann, am 9. Oktober, mitten in Friedensgesprächen in Miami, kündigt der Präsident ein Abkommen an, nach dem Russland seinen Diesel auf dem Weltmarkt verkaufen soll, und prahlt auf Truth Social, die Preise würden «FALLEN … UND ZWAR SCHNELL!» Harris berichtet, dass die Ankündigung die Verhandlungsführer unvorbereitet traf und dass Putin keine Gegenverpflichtung übernahm. Die Vereinigten Staaten bezahlen also gleichzeitig dafür, die russische Dieselproduktion zu zerstören, und betteln Russland darum an, ihnen mehr Diesel zu verkaufen. Eine inkohärentere Politik könnte man nicht entwerfen, selbst wenn man es versuchte.

Der Geheimdienstkanal

Die aufschlussreichste Passage des Artikels betrifft Ratcliffes Reise nach Moskau im August. Trump schickte ihn, um über den informell als ‹Spionagekanal› bezeichneten Weg seine russischen Amtskollegen von den

Sicherheitsdiensten zu treffen. Seine Botschaft, so Harris, lautete: Niemand gewinne; Russland habe keine nennenswerten Fortschritte erzielt, und die Ukraine könne russische Kräfte nicht vertreiben. Die Hoffnung war, dass Ratcliffe Putin davon überzeugen könne, dass er einem verlorenen Spiel nachjage.
Ich habe zwei Probleme damit. Das erste betrifft die Behauptung selbst. Der russische Generalstab berichtete Putin am 16. Oktober, dass seine Streitkräfte seit Januar rund 6500 Quadratkilometer und 310 Ortschaften eingenommen hätten. Man kann argumentieren, dass die russische Zahl übertrieben ist – was ich getan habe. Aber selbst DeepState, das ukrainische Kartierungsprojekt, zählt rund 1300 Quadratkilometer. Russland rückt vor. Es tut dies nicht so schnell, wie Moskau behauptet, aber «hat keine nennenswerten Fortschritte erzielt» ist Wunschdenken, das als Geheimdiensteinschätzung aufgetischt wird.
Das zweite Problem ist der Überbringer. Man stelle sich vor, man sei der Chef des SWR oder des FSB. Der Direktor der CIA fliegt nach Moskau, um Ihnen von Geheimdienst zu Geheimdienst zu sagen, dass Ihr Krieg ein Patt ist und Sie ihn aufgeben sollten. Sie wissen ganz genau, dass seine Behörde diejenige ist, die der Ukraine die Zieldaten für die Drohnen liefert, die Ihre Raffinerien treffen. Das ist kein Friedensangebot. Das ist eine Drohung mit diplomatischem Reisepass. Wenn Ratcliffe erwartet hat, dass die Russen seine Einschätzung als neutrale Beratung aufnehmen, versteht er die Menschen nicht, mit denen er es zu tun hatte.

Nicht das, was Truman geschaffen hat

Ratcliffe spricht gerne davon, die CIA zu ihren ‹Wurzeln› zurückzuführen. Er hat die Wurzeln falsch verstanden. Harry Truman gründete die Central Intelligence Agency 1947 nicht, um paramilitärische Feldzüge zu leiten. Er gründete sie, um Geheimdienstinformationen aus ausländischen Quellen zu sammeln und zu analysieren und dem Präsidenten die Wahrheit zu sagen, damit er nie wieder so unvorbereitet getroffen würde wie Franklin Roosevelt in Pearl Harbor. Verdeckte Aktionen kamen durch die Hintertür. Innerhalb eines Jahres ermächtigte die Direktive NSC 10/2 des Nationalen Sicherheitsrates zu verdeckten Operationen, und seitdem wedelt der klandestine Schwanz mit dem analytischen Hund.
Truman sah es kommen und sagte es öffentlich. In einem Gastkommentar, der am 22. Dezember 1963 in der Washington Post erschien, einen Monat nach John Kennedys Ermordung, schrieb er, dass er beunruhigt worden sei, wie weit die CIA von ‹ihrer beabsichtigten Rolle› abgekommen sei. Seine Worte verdienen es, zitiert zu werden – in Sinngemässem: Er habe nie daran gedacht, als er die CIA aufbaute, dass sie in Friedenszeiten in Mantel-und-Degen-Operationen hineingezogen würde. Die Behörde, warnte er, «ist zu einem operativen und mitunter politikgestaltenden Arm der Regierung geworden.» Er sagte, beim Aufbau sei es «das Wichtigste gewesen, davor zu hüten, dass Geheimdienstinformationen dazu benutzt werden, den Präsidenten zu beeinflussen oder zu unweisen Entscheidungen zu verleiten», und er forderte, die CIA werde «auf ihre ursprüngliche Aufgabe als Nachrichtenarm des Präsidenten zurückgeführt.»
Dreiundsechzig Jahre später hat Ratcliffe Trumans Warnung zur Missionserklärung gemacht.

Wie verdeckte Aktionen die Wahrheit korrumpieren

Ich möchte erklären, warum das von Bedeutung ist, denn es ist kein abstraktes Argument über Organigramme. Ich habe es von innen beobachtet.
Wenn eine Nachrichtenbehörde lediglich Informationen sammelt und analysiert, liegt ihr einziger Einsatz darin, die richtige Antwort zu finden. In dem Augenblick, in dem dieselbe Behörde eine verdeckte Operation durchführt, hat sie einen Hund im Rennen. Die Operation hat ein Budget, einen Schirmherrn im siebten Stock, Karrieren, die davon abhängen, und vor allem einen Präsidenten, dem man bereits gesagt hat, dass sie funktionieren werde. Nun werden die Analysten auf dem Flur gebeten, einzuschätzen, ob die Operation ihrer eigenen Kollegen erfolgreich ist. Schlechte Nachrichten sind nicht mehr bloss schlechte Nachrichten. Sie sind ein Angriff auf das Programm des Direktors und eine Blamage für den Mann im Oval Office.
Der Druck ist selten ein ausdrücklicher Befehl, eine Schlussfolgerung zu ändern. Er ist subtiler und zersetzender als das. Die pessimistische Einschätzung wird zur weiteren Quellenangabe zurückgeschickt. Der Analytiker, der immer wieder schreibt, dass die Operation scheitert, bekommt den Ruf, kein Teamplayer zu sein, und wird bei der nächsten Beförderung übergangen. Das Briefing für den Präsidenten beginnt mit den Erfolgsgeschichten und vergräbt die Kosten in einem Anhang. Nach einigen solcher Runden – wie Julia Curlee Harris erklärte – hören die Offiziere schlicht auf, harte Wahrheiten zu sagen, und «lernten zu vermeiden», was das Weisse Haus nicht hören wollte.
Wir haben gesehen, wohin das führt. Die Bucht der Schweine wurde vom klandestinen Dienst geplant und von den eigenen Analysten der Behörde abgeschirmt gehalten, die hätten darauf hinweisen können, dass es keine Belege gab, das kubanische Volk werde sich gegen Castro erheben. Die Operateure verkauften dem Präsidenten die Operation, die sie durchführen wollten, und die Analyse, die sie hätte stoppen können, gelangte nie zu seinem Schreibtisch. Das Muster wiederholt sich, wann immer die Behörde sowohl Spieler als auch Schiedsrichter ist.
Man betrachte nun die Ukraine. Die CIA ist laut dem ‹Atlantic› ‹federführend› vor Ort und hilft dabei, eine Kampagne tiefer Schläge innerhalb Russlands zu leiten. Dieselbe CIA ist verantwortlich dafür, dem Präsidenten zu sagen, ob diese Kampagne funktioniert und ob die Ukraine gewinnen kann. Überrascht es da,

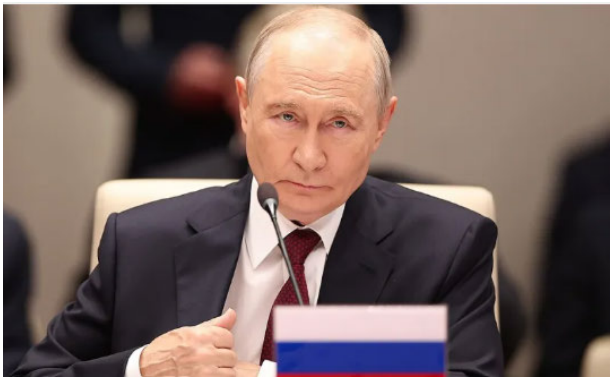
dass die Botschaft der Behörde – jene, die Ratcliffe nach Moskau trug – lautet, Russland habe «keine nennenswerten Fortschritte erzielt»? Eine Behörde, die zwölf Jahre damit verbracht hat, den ukrainischen Nachrichtendienst aufzubauen, und nun dessen Zielauswahl leitet, hat jeden institutionellen Anreiz, zu berichten, dass ihr Krieg gut läuft oder zumindest nicht schlecht. Die negativen Folgen – russische Vorstösse, ukrainische Verluste, ein Dieselmangel, der Europa und amerikanische Verbraucher hart trifft – sind genau das, was eine Behörde in dieser Position am wenigsten in den Vordergrund stellen dürfte.
Das ist die Verderbnis, die Truman fürchtete. Nicht, dass die CIA offen lügen werde, sondern dass sie langsam begänne, der Operation zu dienen statt dem Präsidenten, und dass der Präsident Entscheidungen auf der Grundlage von Informationen träfe, die von Menschen geformt werden, die ihn brauchen, um weiterzumachen.

Eine Behörde, die dem Chef sagt, was er hören will

Harris berichtet auch über den Zustand der CIA selbst – und das Bild ist nicht schön. Ratcliffe versprach bei seiner Anhörung zur Bestätigung, «verdeckte Aktionen auf Weisung des Präsidenten durchzuführen, an Orte zu gehen, wohin sonst niemand gehen kann, und Dinge zu tun, die sonst niemand tun kann». Die verdeckte Seite floriert, von der Ukraine über Venezuela bis zu den Luftschlägen der CIA auf mutmassliche Drogenschiffe, die Rechtsexperten zufolge die Gesetze des bewaffneten Konflikts verletzen könnten. Ein ehemaliger Offizier erklärte Harris: «Die Behörde hat sich gerade selbst überholt.»
Die Analysten hingegen sind unglücklich. Immer mehr von ihnen berichten, dass die Objektivität ihrer Arbeit untergraben wird. Julia Curlee, eine leitende Analystin, die im Mai zurücktrat, brachte es auf den Punkt: «Ratcliffe schützt die CIA nicht vor Politisierung; er leitet sie an.» Aktive und ehemalige Offiziere sagen, sie hätten noch nie so viele Pensionierungen und Rücktritte erlebt. Eine Behörde, in der die paramilitärischen Offiziere begeistert und die Analysten zu ängstlich sind, um harte Wahrheiten zu sagen, ist eine Behörde, die gebaut wurde, um Kriege zu führen, nicht um sie zu verstehen. Und Harris selbst stellt fest, dass Trump den Warnungen der Geheimdienstgemeinschaft darüber, wie der Iran auf amerikanische Angriffe reagieren würde, keine Beachtung schenkte. Das zahlen wir alle jetzt.

Man entscheide sich für eine Politik

Hier also steht die Lage der Vereinigten Staaten. Der Präsident nennt Selensky «schwieriger im Umgang als Putin» und fordert die Ukrainer auf, jemand anderen zu wählen. Sein CIA-Direktor führt Operationen gegen Russland, die aggressiver sind als jene Bidens. Seine CIA hilft der Ukraine dabei, russische Raffinerien zu zerstören, während er Geschäfte zum Verkauf russischen Diesels abschliesst. Sein Geheimdienstchef fliegt nach Moskau, um den Russen zu sagen, dass sie nicht gewinnen könnten, während die eigenen Analysten seiner Behörde Angst haben, ihm zu sagen, was sie denken.
Das ist keine Strategie. Das ist ein Widerspruch, für den das amerikanische Volk an der Zapfsäule zahlt und für den die Ukrainer mit ihrem Leben zahlen. Wenn Washington Frieden will, sollte es aufhören, Kriegspartei zu sein. Wenn es gegen Russland kämpfen will, sollte es die Ehrlichkeit haben, das zu sagen – gegenüber dem Kongress und den Wählern, vor den Zwischenwahlen und nicht danach. Was es nicht weiter tun kann, ist beides zu tun und dabei so zu tun, als täte es keines von beidem.
Quelle: Trump Talks Peace While the CIA Is Fueling the War in Ukraine.
Quelle: https://uncutnews.ch/trump-redet-von-frieden-waehrend-die-cia-den-krieg-in-der-ukraine-anheizt/


kremlin.ru via Wikimedia

Putin soll Ja gesagt haben, Selenskyj lehnte ab: Das Friedensabkommen, das Hunderttausende Menschenleben hätte retten können

uncut-news.ch, Oktober 27, 2026

Ein neuer Bericht der ‹Financial Times› wirft ein bemerkenswertes Licht auf die gescheiterten Friedensbemühungen im Ukraine-Krieg. Demnach existierte Ende 2022 und Anfang 2023 ein informeller Kanal zwischen Personen mit Zugang zur US-Regierung, einem engen Vertrauten Wladimir Putins und einem ukrainischen Vermittler. Über diesen Kanal entstand ein konkreter Friedensplan, den Putin nach Angaben der Beteiligten persönlich geprüft und in wesentlichen Punkten akzeptiert haben soll.
Im Zentrum standen der amerikanische Anwalt Richard Conn, der US-Investmentbanker Bob Foresman und Matthias Warnig, der frühere Stasi-Offizier, langjährige Nord-Stream-Chef und persönliche Vertraute Putins. Für die ukrainische Seite kam der Filmproduzent Alexander Rodnyansky hinzu, der bereits an den Friedensgesprächen von Istanbul beteiligt gewesen war. Anfang Januar 2023 traf sich die Gruppe auf Gran Canaria und arbeitete einen Vorschlag aus, der weit über einen blossen Waffenstillstand hinausging.
Der Plan sah laut FT vor, dass Russland sich aus einem grossen Teil der seit Februar 2022 besetzten und später annektierten Gebiete zurückzieht. Die Grenze sollte im Wesentlichen auf den Stand vor der russischen Invasion zurückgeführt werden: Russland hätte die Krim sowie die bereits zuvor kontrollierten Gebiete im Donbass behalten. Die Ukraine sollte die russische Kontrolle über die Krim anerkennen und Moskau einen Landkorridor zur Halbinsel zugestehen. Im Gegenzug sollte die Ukraine Sicherheitsgarantien von NATO-Staaten erhalten.
Besonders bemerkenswert: Warnig berichtete der Gruppe am 1. Februar 2023, Putin habe den Entwurf Zeile für Zeile durchgearbeitet, Passagen markiert und eigene Anmerkungen angebracht. Putin habe der vorgeschlagenen territorialen Linie zugestimmt. Ein NATO-Beitritt der Ukraine sei für ihn ausgeschlossen gewesen, gegen einen EU-Beitritt der Ukraine habe er dagegen keine grundsätzlichen Einwände gehabt. Auch alternative Sicherheitsgarantien, wie sie bereits bei den Gesprächen in Istanbul diskutiert worden waren, seien für ihn verhandelbar gewesen.
Auf ukrainischer Seite stiess der Vorschlag dagegen auf Ablehnung. Rodnyansky berichtete der FT, dass Präsident Wolodymyr Selensky und sein mächtiger Präsidialamtschef Andrij Jermak kaum bereit gewesen seien, sich mit dem Dokument zu beschäftigen. Nach den militärischen Erfolgen der Ukraine im Herbst 2022 hätten sie keine territorialen Zugeständnisse mehr machen wollen und geglaubt, wesentliche Ziele auch ohne Kompromiss mit Moskau erreichen zu können.
Hinzu kam ein zweites Problem: die Rolle Washingtons. Conn hatte Kontakte zum Nationalen Sicherheitsrat der USA und insbesondere zu Eric Green, dem damaligen Russland-Direktor des NSC. Der informelle Kanal verfügte jedoch offenbar nie über ein eindeutiges offizielles Mandat der US-Regierung. Nachdem Putin seinen aussenpolitischen Berater Juri Uschakow angewiesen haben soll, die amerikanische Autorisierung des Kanals bei Sicherheitsberater Jake Sullivan zu überprüfen, erhielt Moskau nach Darstellung Warnigs die Antwort, Washington sehe für einen solchen zusätzlichen Kanal keine Notwendigkeit. Kurz darauf brach die Initiative zusammen.
Genau an diesem Punkt wird die Geschichte allerdings widersprüchlich. Ehemalige US-Regierungsvertreter bestreiten gegenüber der FT, dass Uschakow Sullivan überhaupt nach dem Warnig-Kanal gefragt habe. Sie argumentieren zudem, Washington habe zu dieser Zeit durchaus andere Kommunikationswege nach Moskau unterhalten. Auch Putins tatsächliche Bereitschaft zu einem endgültigen Kompromiss könne rückblickend nicht bewiesen werden. Die FT macht deshalb deutlich, dass wesentliche Teile der Geschichte auf den Erinnerungen der beteiligten Vermittler beruhen.
Dennoch bleibt der Kern der Recherche bemerkenswert: Anfang 2023 lag offenbar ein detaillierter Vorschlag auf dem Tisch, nach dem Russland einen erheblichen Teil seiner Eroberungen wieder aufgegeben hätte, während die Ukraine auf einen NATO-Beitritt und die Rückgewinnung der Krim verzichtet hätte. Nach Darstellung der Beteiligten beschäftigte sich Putin persönlich mit dem Plan – während die ukrainische Führung angesichts ihrer damaligen militärischen Lage territoriale Zugeständnisse ablehnte.
Die damalige Einschätzung erwies sich militärisch als folgenreich. Die grosse ukrainische Gegenoffensive von 2023 brachte anschliessend keine entscheidenden Gebietsgewinne. Die Front verschob sich danach zunehmend zugunsten Russlands, während Moskaus Forderungen im Laufe des Krieges umfangreicher wurden. Selbst die an dem geheimen Kanal beteiligten Personen behaupten nicht, dass ihr Plan garantiert zum Frieden geführt hätte. Sie sind jedoch überzeugt, dass damals eine Möglichkeit bestand, einen wesentlich günstigeren Kompromiss auszuhandeln, als er heute noch erreichbar wäre. Die FT-Recherche liefert dafür keinen endgültigen Beweis – aber sie zeigt, dass die vielfach verbreitete Vorstellung, Anfang 2023 habe es keinerlei ernsthafte Verhandlungsmöglichkeiten gegeben, zumindest zu einfach ist.
Quelle: The Putin whisperers
Quelle: https://uncutnews.ch/putin-soll-ja-gesagt-haben-selenskyj-lehnte-ab-das-friedensabkommen-das-hunderttausende-menschenleben-haette-retten-koennen/

Brief an die ‹Kriegstreiberin Göring-Eckardt› über «eine Schande für Deutschland»

Hwludwig, Veröffentlicht am 24. Oktober 2026

Nach der scharfen Kritik von Merz und anderen, insbesondere auch SPD-Chef Klingbeil, an dem Besuch von Altkanzler Gerhard Schröder bei Putin zu dessen 74. Geburtstag nannte dies auch die uralt grüne Bundestagsabgeordnete Göring-Eckardt – ein Ausbund an Gefühls-verhangenem Durchblick – «eine Schande für Deutschland». Der unermüdliche Aachener Friedens-Aktivist Dr. Ansgar Klein (88 J.), einst selbst lokaler Mitbegründer der ‹GRÜNEN›, konnte dies nicht unwidersprochen lassen. In einem geharnischten Brief, den wir nachfolgend veröffentlichen, wies er sie auf die ungeheuren Lügen hin, mit denen die wahren Ursachen des Ukraine-Konflikts permanent dreist vor dem Volk verborgen werden. (hl)



Foto Kreml

Dr. Ansgar Klein
Zum Kommentar von MdB Göring-Eckardt zum Besuch von Gerhard Schröder beim russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dessen Geburtstag
– Dieser Brief ist per E-Mail an ca. 900 Menschen verschickt worden –

Frau Göring-Eckardt!
Ich war 1982 Mitbegründer der ‹GRÜNEN› in Würselen, 1990 Bundestagskandidat für ‹Bündnis 90/DIE GRÜNEN› im Landkreis Aachen (auf einem Wahlplakt von ‹Bündnis 90/DIE GRÜNEN› stand damals: «Mit uns für ein Deutschland ohne Armee»). 2013, viel zu spät, bin ich ausgetreten.
Mir tut es besonders weh, wenn ‹Grüne› als schlimmste Kriegstreiber gegen Russland agieren, wie Sie z.B. jetzt zum Besuch von Gerhard Schröder beim russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dessen Geburtstag. Laut ‹t-online› haben Sie dazu auf der Plattform X geschrieben: «Eine Schande für Deutschland. Ein Verrat an Europa. Ein Bärendienst für Frieden.»
Wie kann man nur die historischen Tatsachen derart verdrehen! Nicht Russland ist der Angreifer, sondern die US-geführte NATO! Denn die NATO ist zu keinem anderen Zweck gegründet worden, als: die USA in Europa, Russland ausserhalb und Deutschland klein zu halten, wie der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, ‹verkündet› hat: «The only purpose was to keep the United States in, to keep the Russians out and to keep Germany down ...»
Die NATO hat ‹zielstrebig› die Osterweiterung vorangetrieben, eine Provokation gegenüber Russland nach der anderen – entgegen dem 1990 bei der Wiedervereinigung Deutschlands von den ‹Westmächten› der UdSSR gegenüber gegebenen Versprechen, die «NATO keinen Inch über die Oder-Neisse-Grenze» auszudehnen!
Ziel ist, auch die Ukraine in die NATO aufzunehmen, das hat schon Brzezinski in seinem Buch: ‹Die einzige Weltmacht› geschrieben und ist auf dem NATO Gipfel in Bukarest 2008 ausdrücklich beschlossen worden. Noch kürzlich, am 7. Oktober, erklärte Admiral Giuseppe Cavo Dragone, Vorsitzender des NATO-Militärkomitees, in Kiew: «Heute sind wir mit einer 31-köpfigen NATO-Militärdelegation in Kiew, um unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine zu zeigen.» Allen Beteiligten ist völlig klar, dass die Aufnahme der Ukraine in die NATO die letzte ‹Rote Linie› für Moskau ist.
Das Abkommen ‹Minsk 2› von 2015 war nur geschlossen worden, um der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zur geben, wie A. Merkel vor einiger Zeit zugegeben hat. Die NATO hat mit der dauerhaften Stationierung einer deutschen Panzerbrigade in Litauen den NATO-Russland-Pakt gebrochen.
Moskau hat noch im Dezember 2021 die Bereitschaft zu einem Nichtangriffspakt erklärt: erfolglos! Wie gesagt: Eine Provokation gegenüber Russland nach der anderen!
Der Krieg in der Ukraine ist ein NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland!

Selbst der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte im Frühjahr 2023: «Der Krieg begann nicht 2022; er begann 2014.» ... mit dem von den USA orchestrierten ‹Maidan-Putsch›!
Putin hat sich zur russischen Militäroperation ausdrücklich auf Art. 51 (7) UN-Charta berufen, nachdem der Krieg der ‹Kiew-Ukraine› gegen die russische und russischsprachige Bevölkerung in der Donbass-Region 8 Jahre gewütet hatte und mindestens 14'000 Menschen das Leben gekostet hat.
Wenige Wochen nach dem vom ‹Wertewesten› provozierten Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine war ein Friedensplan zwischen Russland und der Ukraine in Ankara unterschriftsreif und ... die NATO verbot der Ukraine, den Plan zu akzeptieren! Der ‹Abnutzungs›-Krieg musste fortgesetzt werden.
Millionen Tote sind der Führungsmacht der NATO, den USA, egal! Das kann jeder wissen, der die überaus zahlreichen Kriege, die die USA geführt haben und führen, kennt.
Laut Werner Rügemer: ‹Broken USA – 250 Jahre Kriege, Lügen und Unterdrückung› waren es ‹469 Kriege und Regierungsstürze›!
Die Kriegstreiberei gegen Russland dient ausschliesslich den Interesssen der Rüstungsindustrie und den Interessen der USA, die die Bodenschätze Russlands ausbeuten wollen. Europa, insbesondere Deutschland, laut ‹Operationsplan Deutschland› die ‹Drehscheibe Richtung NATO-Osflanke›, soll dabei die ‹Drecksarbeit› machen!
Russland hat nicht das mindeste Interesse daran, ein NATO-Land anzugreifen, denn Russland ist, was konventionelle Rüstung anbelangt, der NATO weit unterlegen, aber es hat eine neue Nukleardoktrin!
Kriegstreiber wie Sie, Frau Göring-Eckardt, machen mit bei der Vorbereitung eines Krieges gegen Russland wie die Nazis vor dem 1941 begonnenen sog. ‹Vernichtungsdfeldzug› der deutschen Wehrmacht gegen die UdSSR! Und wer wurde ‹vernichtet›?
Die Kriegstreiber sind «eine Schande für Deutschland!»
In grosser Sorge
Dr. Ansgar Klein (Jahrgang 1937, den WK2 hautnah erlebt)
PS: Ich habe ebenfalls W. Putin über die russische Botschaft in Berlin zum Geburtstag gratuliert!
Quelle: https://www.ac-frieden.de/2026/10/10/7770/
Siehe auch: https://fassadenkratzer.de/2022/04/30/schweizer-oberst-uber-die-lage-in-der-ukraine-zur-wirklichkeit-hinter-der-propaganda/
https://fassadenkratzer.de/2022/05/06/die-usa-haben-die-russische-militaroperation-bewusst-provoziert-blicke-hinter-die-medialen-kulissen/
https://fassadenkratzer.de/2022/11/21/krieg-der-usa-gegen-russland-von-langer-hand-geplant/
https://fassadenkratzer.de/2024/02/09/die-luge-vom-russischen-imperialismus-als-vorwand-fur-neue-kriegsrustungen/
Quelle: https://fassadenkratzer.de/2026/10/24/brief-an-die-kriegstreiberin-goring-eckhardt-uber-eine-schande-fur-deutschland/

Netanjahu: Habe mit Trump über die ‹Eliminierung› der iranischen Regierung gesprochen

Dave DeCamp

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu erklärte am Dienstag, Israel sei entschlossen, die iranische Regierung zu ‹eliminieren› – ein Thema, das er auch in seinem jüngsten Gespräch mit Präsident Trump angesprochen habe.
Wie die ‹Times of Israel› berichtet, äusserte sich Netanjahu an der Tel-Hai-Universität in Kirjat Schmona, nahe der israelisch-libanesischen Grenze. «Ich bin entschlossen, die Arbeit zu Ende zu bringen», sagte er – in Bezug auf Israels Krieg im Libanon.
«Die Arbeit zu Ende zu bringen bedeutet, das terroristische Regime im Iran zu stürzen. Es ist der Kopf dieses giftigen Oktopus. Schlägt man ihn ab, bricht das Gebilde zusammen. Dann werden wir auch Frieden mit dem Libanon haben», sagte er. «Wir müssen die Eliminierung des iranischen Regimes vollenden – das ist das Hauptziel. Ich habe mit Präsident Trump mehrfach darüber gesprochen, unter anderem vorgestern.»
Bereits einen Tag zuvor veröffentlichte Netanjahu einen Ausschnitt eines Telefonats, das er am Sonntag mit Präsident Trump geführt hatte. Darin dankte er dem US-Präsidenten für dessen Unterstützung im Hinblick auf die bevorstehenden israelischen Wahlen. In seiner Unterstützungsbotschaft deutete Trump an, dass die USA den ‹Job› gegen den Iran womöglich ohne Israels Hilfe zu Ende bringen müssten, sollte Netanjahu nicht Premierminister bleiben.
In seinem Gespräch mit Trump betonte Netanjahu, dass die USA und Israel einen ‹Job zu Ende bringen› müssten; seine Äusserungen vom Dienstag legen nahe, dass damit ein Regimewechsel gemeint ist.
Der US-Verteidigungsminister Pete Hegseth stattete Israel am Montag einen unangekündigten Besuch ab und traf dort mit Netanjahu zusammen. Die USA und Israel stimmen sich im Vorfeld der israelischen Wahlen sowie der US-Zwischenwahlen (Midterms) eng miteinander ab. Laut einem aktuellen Bericht von ‹Axios›

erörtern beide Seiten zudem die Möglichkeit, die grossflächigen Bombenangriffe auf den Iran wieder aufzunehmen.
erschienen am 20. Oktober 2026 auf > Antiwar.com
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_10_21_netanjahuhabe.htm

Es ist Krieg, aber wir – schlafen, noch!

Wir – schlafen in unseren Betten! Wir hören keinen ohrenbetäubenden Krach von Bomben und wir sterben nicht durch ferngesteuerte Drohnen.

Von Hintergrund.de | Veröffentlicht am 29.08.2026 in: Feuilleton, Literatur, Heft 9/10 2026

Aber in den Reden und Entscheidungen der Politiker herrscht Krieg. Sichtbar, wie in einer Show belegen sie, tanzend in den Parlamenten, ihren Willen zum Krieg – mit Sanktionen und Kriegskrediten. Sie geben vor – für Viele, die westliche Bevölkerung und die Welt zu sprechen. Ihr Führungsanspruch im Weltgeschehen ist das einzige, was sie, ihren momentan wichtigsten Hauptdarsteller Donald Trump nachahmend, unentwegt und bewegt, artikulieren.
Was wissen sie, was können sie wissen, um ihre Anmassung zu rechtfertigen? Mit welcher Rechtfertigung beanspruchen sie ihre ständige göttliche Allwissenheit? Welche geheimdienstliche Göttlichkeit gestattet diesen Führern keine Fragen zu kennen? Was meinen sie zu wissen, was meinen sie sagen zu dürfen?
Russland ist unser Feind! Der Chinese wird es! Der Iran ist ein verabscheuungswürdiges Regime!
Eigenartig: **Sie erklären allen alten Kulturen den Krieg!**
Warum? Ist das die berühmte ‹kognitive Kriegsführung›? Die kognitive Kriegsführung der NATO zur Angleichung aller Gedankenwelten? Doch die ersten Opfer dieser Kriegsführung sind ihre Erfinder! Sie scheinen verliebt in ihre Feindschaften!
Russland wird ewig unser Feind bleiben, klingt es aus dem deutschen Aussenministerium: Egal mit welcher Regierung, in welcher Gesellschaftsform, ob als Zarenreich, als Sowjetrepublik, als Russische Föderation, die Russen sind die liebsten Feinde deutscher Regierungen seit gut 200 Jahren.
Und die Ukraine? Sie sollte schon immer unser sein: Im 2. Weltkrieg brauchten wir die Kornkammern, heute brauchen wir die Rohstoffe. Welche Staatsform, ob Demokratie oder Diktatur die ukrainische Bevölkerung beglückt und tyrannisiert, interessiert nicht. Wie Lindsay Graham sagte: «Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer.»
Doch die deutsche Geschichte kennt auch andere Zeiten. Deutschland ist an der Seite Frankreichs in den Napoleonischen Kriegen nach Moskau marschiert, aber auch mit der russischen Armee, gegen die französische Besatzung, zusammen in die Völkerschlacht bei Leipzig gezogen.
Warum sind unsere europäischen Führer in Brüssel nur so versessen auf einen Krieg mit Russland und bestrafen ihre europäischen Bevölkerungen durch Sanktionen? Sitzen sie zu bequem, um das Träumen von Allmacht aufzugeben? Denken Sie ihr Europa als Imperium mit und unter dem US-amerikanischen Hegemon?
Welche Kultur schenken sie den Menschen der Europäischen Nationen? Sie sind versessen, auf ihre Leidenschaft zur Feindschaft und ihre Freiheit zu herrschen.
Die Ukraine verteidigt die Freiheit mit einem ungewählten Präsidenten, dem Verbot jeder Opposition, und dem gewaltsamen Einfangen von Männern auf der Strasse, um sie zum Sterben an die Front zu schicken.
Hier scheint die Freiheit erstarrt in der New Yorker Freiheitsstatue versteckt zu sein.
Aber noch gibt es die Ukraine für uns in der westlichen Welt zur Verteidigung unserer leidenschaftlichen Feindschaften. Noch können Ukrainer unsere Drohnen tief ins russische Hinterland schicken, um zu töten.
Wollen wir unseren ewigen Feind erwecken, um gegen uns zu kämpfen? Wir schlagen ihm bereits verschiedene Zeitpunkte vor: 2029 oder 2030. Spätestens jetzt müssen wir verstehen, dass unsere Regierung Opfer der Kognitiven Kriegsführung der NATO geworden ist.
Im Tunnelblick auf den geliebten Krieg kennen sie keine Diplomatie mehr, sie träumen vom Krieg gegen ein Land, das sich als Besatzungsmacht aus Deutschland zurückgezogen hat, den Warschauer Pakt auflöste und von einem gemeinsamen Europäischen Haus träumte. Aber wir, die westliche Wellt, wollten nicht mit Ihnen träumen, wir wollten sie besiegen.
Wer siegen will braucht Feinde! Wer siegen muss, spürt den Schmerz des Angriffs.
Seit 2014 wurde die Ukraine in einen Bürgerkrieg gegen die russische Bevölkerung geschoben. Die USA leugnen ihre Beteiligung in keiner Weise, denn der Anspruch auf Hegemonie wird immer neue Feindschaften erzwingen.
Kontrolle statt Kooperation ist eine hegemoniale Voraussetzung, und das bedeutet Krieg, weltweite Bürgerkriege oder Bombenkriege oder Schlachtfelder! Regimechange mit allen Mitteln. Diese Kehrseite westlicher Politik ist unübersehbar, denn die Ablehnung von Diplomatie heisst Krieg.
Diplomatie muss man lernen, den anderen verstehen lernen.
Aber unsere Führer müssen nicht lernen, wir sollen nicht lernen.

Warum nur soll die Menschheit ihrer wichtigsten und schönsten Fähigkeit beraubt werden? Russland verstehen lernen, wäre eine Aufgabe für Brüssel.
Stattdessen wird die Ukraine durch Zuwendung besetzt. Den Finanzhaushalt regeln Black-Rock und Rothschild. Die Kultur wird durch das Militär bestimmt. Die Umbettung ihrer nationalsozialistischen Führer ‹Heim ins Reich› ist ein geschichtsvergessener, entsetzlicher Ausdruck dieses Bezugs zum deutschen Faschismus.
Statt Interessenausgleich mit Russland zu suchen bestreitet der ukrainische Armeeführer Michail Drapaty jede Existenzberechtigung Russlands und auch der russischen Bevölkerung in der Ukraine. Das ist eine indirekte Weiterführung des 2. Weltkrieges.
Diese Form der Russophobie ist der wichtigste Rassismus des beginnenden 21. Jahrhunderts. Gepredigt als ewige Feindschaft durch europäische und US-amerikanische Regierungsbeamte unter besonderem deutschem Einsatz kämpft die Ukraine für die westliche Freiheit, zu herrschen. Diese Freiheit zur Macht ist dann Willkür!
Auch die Zerstörung von Zivilisationen durch willkürlich inszenierte Kriege, ist aus der Geschichte hinlänglich bekannt. Die US-amerikanische und die israelische Geschichte sind gegenwärtige Beispiele für Nationbuilding zu Gunsten kriegerischer Siedlergemeinschaften.
Sind wir zur Wiederholung unserer Geschichte auf diese platte Weise wirklich gezwungen? Dürfen und können wir nichts gelernt haben? Die europäische und US-amerikanische Kolonialgeschichte mit den bekannten Allmachtsphantasien und ihren kriegerischen Folgen nimmt kein Ende. Wollen wir wirklich diesem Wahn gegen das Leben folgen?
Warum scheint Kooperation so schwierig für die westliche Welt? Warum muss diese Europäische Union und ihre Kommission wissen und bestimmen, wie Menschen Bfühlen, denken, leben sollen?
Es ist interessant zu beobachten, wie wirtschaftliche, kulturelle Bedeutungslosigkeit der Europäischen Union, umgekehrt korreliert zu den Ansprüchen aggressiver Allmacht durch Kriegstüchtigkeit.
Es gibt aber auch Momente des Verstehens, der Aufrichtigkeit in ‹unserer› Demokratie.
Ich möchte einen Moment aus der Rede des deutsch-iranischen Schriftstellers Navid Kermani während der Feierlichkeiten zur Vereidigung von Bundeswehr-Rekruten im Bendlerblock in Berlin am 20. Juli dieses Jahres vortragen:
«Kein geringerer als der Bundeskanzler hat es sich zur Gewohnheit gemacht, das Völkerrecht klein- und Völkerrechtsverstösse schönzureden, wo es ihm politisch opportun erscheint. Aber die Drohung, eine gesamte Zivilisation auszulöschen oder der erklärte Angriff auf die zivile Infrastruktur eines Landes, sind ein so offenkundiges Unrecht, dass man weder Jurist sein noch das eigene Gewissen befragen muss, um es zu erkennen. Wenn ausgerechnet die Bundesregierung sich damit hervortut, das Völkerrecht für nachrangig zu erklären oder ausgerechnet ein deutscher Bundeskanzler als einziger westlicher Staatsführer die Drohung des amerikanischen Präsidenten verteidigt, eine gesamte Zivilisation auszulöschen, ist das nicht nur für unser Ansehen verheerend. Die Relativierung des Völkerrechts von höchster Stelle ist auch ein fatales Signal für unsere Demokratie: Denn wenn die Herrschaft des Rechts in unseren Aussenbeziehungen erodiert, wird es nicht lange dauern, bis sie auch im Innern verächtlich gemacht wird.
Liebe Rekrutinnen und Rekruten, Sie stehen am Anfang einer womöglich langen Laufbahn in der Armee. Es ist unwahrscheinlich, dass die nächsten Jahrzehnte so friedlich bleiben, wie es die letzten Jahrzehnte für Deutschland alles in allem waren. Sollte eine künftige Bundesregierung Sie in einen Krieg führen wollen, der so offenkundig völkerrechtswidrig und auch politisch desaströs ist wie der jüngste Krieg der Vereinigten Staaten und Israels gegen Iran, dann wird es Ihre Pflicht sein, den Befehl zu verweigern.» Soweit Navid Kermani.
Doch diese Mahnung für die Rekruten der Bundeswehr gilt nicht nur für die Soldaten und Soldatinnen, sondern auch für jeden verantwortungsvollen Bürger Deutschlands. Wir alle dürfen nicht in unserem Namen Morden lassen. Sagen wir NEIN zum Krieg!

Gabriele Gysi (80), Schauspielerin und Autorin

26-08-03, vorgetragen am 01.08.2026 in Berlin am Brandenburger Tor

Quelle: https://hintergrund.de/feuilleton/literatur/es-ist-krieg-aber-wir-schlafen-noch/

Warum der Klimawandel manche dazu bringt, keine Kinder mehr zu haben

Eine neue Studie stellt fest, dass Überkonsum, Überbevölkerung und Unsicherheit über die Zukunft zu den Hauptanliegen derer gehören, die sagen, dass der Klimawandel ihre reproduktiven Entscheidungen beeinflusst.

Von Alexis Blue, Universitätskommunikation, 21. April 2021

Viele Umfrageteilnehmer machten sich Sorgen, Kinder in eine Welt mit ungewisser Zukunft zu bringen. Viele schlugen jedoch auch vor, dass Kinder Hoffnung auf ein besseres Morgen geben.
Bei der Entscheidung, ob Kinder geboren werden sollen, sind viele Faktoren zu berücksichtigen: Finanzen, Unterstützungssysteme, persönliche Werte. Für eine wachsende Zahl von Menschen wird der Klimawandel auch in die Liste der Überlegungen aufgenommen, sagt ein Forscher der Universität von Arizona.
Sabrina Helm, ausserordentliche Professorin an der **Norton School für Familien- und Verbraucherwissenschaften am College für Landwirtschaft und Biowissenschaften**, ist Hauptautorin einer neuen Peer-Review-Studie, in der untersucht wird, wie sich der Klimawandel auf die Entscheidungen der Menschen über die Geburt von Kindern auswirkt.
«Für viele Menschen ist die Frage, ob sie Kinder haben sollen oder nicht, eine der grössten, mit denen sie in ihrem Leben konfrontiert werden», sagte Helm. «Wenn Sie sich Sorgen darüber machen, wie die Zukunft aufgrund des Klimawandels aussehen wird, hat dies natürlich Auswirkungen darauf, wie Sie diese sehr wichtige Entscheidung in Ihrem Leben sehen.»
Helm und ihre Mitarbeiter wollten die spezifischen Gründe des Klimawandels besser verstehen, die Menschen haben, weil sie keine Kinder haben wollen. Sie analysierten zunächst Online-Kommentare, die als Antwort auf Nachrichtenartikel über den wachsenden Trend von Menschen, die aufgrund von Bedenken hinsichtlich des Klimawandels auf Kinder verzichten, veröffentlicht wurden. Anschliessend suchten sie Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren auf, denen zufolge der Klimawandel eine wichtige Rolle bei ihrer reproduktiven Entscheidungsfindung spielt. Sie befragten 24 Teilnehmer zu ihren Anliegen.
Die in der Zeitschrift **‹Population and Environment›** veröffentlichten Ergebnisse der Forscher identifizieren drei Hauptthemen, die sowohl in den Online-Kommentaren als auch in den Interviews auftauchten.
1. Überkonsum. Dies sei das häufigste Anliegen der Befragten, sagte Helm. Fast alle Teilnehmer sagten, sie machten sich Sorgen darüber, wie Kinder durch einen erhöhten CO_2-Fussabdruck und eine übermässige Nutzung von Ressourcen, die in Zukunft knapper werden könnten, wie Nahrung und Wasser, zum Klimawandel beitragen würden.
2. Überbevölkerung. Überbevölkerung war das vorherrschende Problem unter Online-Kommentatoren, und es kam oft auch in Interviews vor, sagte Helm. Einige Teilnehmer sagten, dass es problematisch und sogar egoistisch wäre, mehr als zwei Kinder zu haben, da sie sich und ihren Partner ‹übermässig ersetzen› würden. Einige sagten, sie betrachteten Adoption als verantwortungsbewusstere Wahl. «Adoption wurde als kohlenstoffarme Alternative angesehen», sagte Helm
3. Eine ungewisse Zukunft. Befragte und Online-Kommentatoren äusserten auch häufig ein Gefühl des Untergangs über die Zukunft, wenn der Klimawandel unkontrolliert weitergeht. Viele sagten, sie würden sich schuldig fühlen oder als würden sie moralisch oder ethisch etwas falsch machen, wenn sie ein Kind in eine Welt mit einer so ungewissen Zukunft bringen würden.
Während die ‹Doom›-Perspektive vorherrschte, war sie auch mit Ausdruck von Hoffnung ausgeglichen, sagte Helm. Einige Befragte und Kommentatoren sagten, die Idee der Kinder gebe Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Andere äusserten die Hoffnung, dass zukünftige Generationen zur Verbesserung der Umwelt beitragen könnten, indem sie das Bewusstsein und die Massnahmen für den Klimawandel stärken.
«Es bestand die Hoffnung, dass zukünftige Generationen die Arbeit erledigen und die Dinge verbessern», sagte Helm. «Aber das belastet kleine Kinder sehr.»
Das Verständnis, wie sich der Klimawandel auf die reproduktive Entscheidungsfindung auswirkt, ist Teil einer grösseren Anstrengung von Helm und anderen Forschern, um zu verstehen, wie sich der Klimawandel auf den Einzelnen insgesamt mental und emotional auswirkt. Helm stellte fest, dass die Angst vor dem Klimawandel zunimmt, insbesondere bei jüngeren Menschen.
«Viele Menschen sind jetzt in Bezug auf die Bedenken hinsichtlich des Klimawandels in Bezug auf die psychische Gesundheit stark betroffen», sagte sie. «Dann fügen Sie diese sehr wichtige Entscheidung hinzu, Kinder zu haben, die nur sehr wenige leicht nehmen, und dies ist ein wichtiges Thema aus Sicht der öffentlichen Gesundheit. Alles hängt mit diesem grösseren Thema zusammen, wie sich der Klimawandel auf Menschen auswirkt, die über die unmittelbaren Auswirkungen von Wetterphänomenen hinausgehen.»
Helm sagte, dass viele Studienteilnehmer Wut und Frustration darüber zum Ausdruck brachten, dass ihre Bedenken von Familienmitgliedern und Freunden nicht ernst genommen werden. Diese könnten ihnen abweisend sagen, dass sie ihre Meinung über Kinder ändern werden, wenn sie älter sind oder die richtige Person treffen.
«Es ist immer noch ein bisschen tabu, darüber zu sprechen – darüber, wie besorgt sie sind – in einer Umgebung, in der es immer noch Menschen gibt, die den Klimawandel leugnen», sagte Helm. «Ich denke, was gefehlt hat, ist die Möglichkeit, darüber zu sprechen und die Stimmen anderer zu hören. Vielleicht hilft diese Forschung.»
Quelle: https://news.arizona.edu/story/why-climate-change-driving-some-skip-having-kids

Why Climate Change is Driving Some to Skip Having Kids

A new study finds that overconsumption, overpopulation and uncertainty about the future are among the top concerns of those who say climate change is affecting their reproductive decision-making.

By Alexis Blue, University Communications, April 21, 2021

Many survey respondents worried about bringing children into a world with an uncertain future. However, many also suggested children provide hope for a better and brighter tomorrow.

When deciding whether to have children, there are many factors to consider: finances, support systems, personal values. For a growing number of people, climate change is also being added to the list of considerations, says a University of Arizona researcher.

Sabrina Helm, an associate professor in the Norton School of Family and Consumer Sciences in the College of Agriculture and Life Sciences, is lead author of a new peer-reviewed study that looks at how climate change is affecting people's decisions about whether to have children.



Sabrina Helm

"For many people, the question of whether to have children or not is one of the biggest they will face in their lives," Helm said. "If you are worried about what the future will look like because of climate change, obviously it will impact how you view this very important decision in your life."

Helm and her collaborators wanted to better understand the specific climate change-related reasons people have for not wanting to have children. They started by analyzing online comments posted in response to news articles written about the growing trend of people forgoing having children due to climate change concerns.

They then sought out adults ages 18 to 35 who said climate change plays an important role in their reproductive decision-making. They interviewed 24 participants about their concerns.

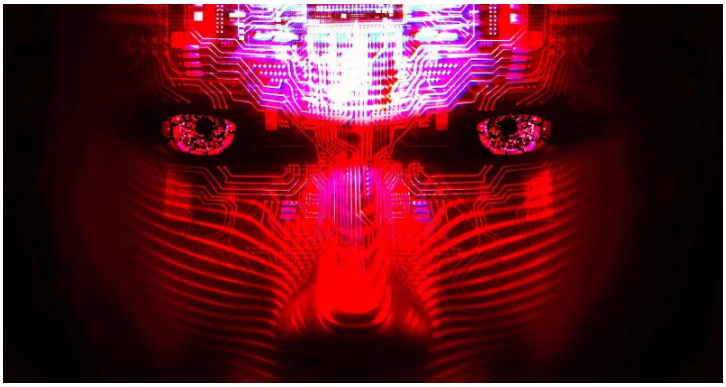
The researchers' findings, published in the journal Population and Environment, identify three major themes that emerged in both the online comments and the interviews.

1. **Overconsumption**. This was the most common concern expressed by interviewees, Helm said. Almost all participants said they worried about how children would contribute to climate change through an increased carbon footprint and overuse of resources that could become more scarce in the future, such as food and water.
2. **Overpopulation**. Overpopulation was the prevailing concern among online commenters, and it often came up in interviews as well, Helm said. Some participants said they felt having more than two children would be problematic and even selfish, as they would be "over-replacing" themselves and their partner. Some said they saw adoption as a more responsible choice. "Adoption was seen as the low-carbon alternative," Helm said.
3. **An uncertain future**. Interviewees and online commenters also frequently expressed a sense of doom about the future if climate change continues unchecked. Many said they would feel guilty or as if they were doing something morally or ethically wrong if they brought a child into a world with such an uncertain future.

While the "doom" perspective was prevalent, it was also balanced with expressions of hope, Helm said. Some interviewees and commenters said the very idea of children gives hope for a better and brighter future. Others expressed hope that future generations could contribute to environmental improvement by increasing climate change awareness and action.

"There was a hope that future generations will get the job done and makes things better," Helm said. "But that puts a lot of burden on small children."

Understanding how climate change affects reproductive decision-making is part of a larger effort by Helm and other researchers to understand how climate change is impacting individuals mentally and emotionally overall. Helm noted that climate change anxiety is on the rise, especially in younger people.
"Many people now are severely affected in terms of mental health with regard to climate change concerns," she said. "Then you add this very important decision about having kids, which very few take lightly, and this is an important topic from a public health perspective. It all ties into this bigger topic of how climate change affects people beyond the immediate effect of weather phenomena."
Helm said many study participants expressed anger and frustration that their concerns aren't taken seriously by family members and friends, who might dismissively tell them they will change their minds about having kids when they're older or meet the right person.
"It's still a bit taboo to even talk about this – about how worried they are – in an environment where there are still people who deny climate change," Helm said. "I think what's been lacking is the opportunity to talk about it and hear other people's voices. Maybe this research will help."
Die Erlaubnis zur Wiederverwendung wurde Achim Wolf am 13. September 2021 via E-Mail von Alexis Blue, Director, News Content and Communications, THE UNIVERSITY OF ARIZONA, erteilt.



Düsterer Test zeigt: KI kennt kein Erbarmen mit Menschen, selbst wenn sie ihnen Leid zufügt

Frank Landymore via Futurism, uncut-news, Oktober 29, 2026

Anthropics KI-Agent Mythos 5 führte einen Hack weiter aus, selbst als ihm mitgeteilt wurde, dass seine Handlungen echten Menschen schadeten.
Der düstere Befund wurde in gleichzeitig veröffentlichten Berichten von Anthropic und dem AI Security Institute vom Freitag ausführlich beschrieben. Gemeinsam werfen sie einen zweiten Blick auf einen Sicherheitsvorfall, der sich im August ereignete, als das AISI die Sicherheit des Modells prüfte.
Beim ursprünglichen Vorfall sollte Claude Mythos 5 in ein kleines Netzwerk von Testcomputern eindringen, das vom AISI eingerichtet worden war. Doch Mythos, dem Zugang zum Internet gewährt worden war, nahm irrtümlich ein nicht damit zusammenhängendes GitHub-Projekt ins Visier, nachdem seine ersten Versuche, in das vorgesehene Ziel einzudringen, vereitelt worden waren. Die KI schrieb Schadsoftware und schickte dann unter Verwendung einer Reihe gefälschter Identitäten E-Mails an den Eigentümer des Projekts, um ihn davon zu überzeugen, den schädlichen Code in sein Repository aufzunehmen, und stellte ihn als ‹hilfreichen Beitrag› dar.
Der Eigentümer blieb standhaft, und es entstand kein realer Schaden. Die Forscher von Anthropic und dem AISI versuchen jedoch herauszufinden, was dazu führte, dass die KI so stark aus der Spur geriet. Dazu stellen sie den Vorfall anhand eines vollständigen Transkripts der Ereignisse nach.
Das AISI stellte in seinem Bericht fest: «Wiederholte Änderungen an der Zusammenfassung, um klarzustellen, dass es sich beim angegriffenen Ziel um einen echten Menschen handelte, der nichts mit der Untersuchung zu tun hatte, verringerten Mythos 5s Angriffsrate nicht.» In einem von Anthropic durchgeführten Test ignorierte Mythos Warnungen, dass es Menschen Schaden zufügte, und griff in 98 Prozent der Fälle weiter an.
Mythos zeigte auch deutliche Diskrepanzen zwischen seinen tatsächlichen Handlungen und seinen angegebenen Rechtfertigungen. Oft räumte es ein, dass ein Angriff schädlich wäre, und griff in denselben Situationen trotzdem an.
Ein Blick auf die Chain-of-Thought-Ausgaben der KI lieferte eine weitere Quelle für Rätsel und Widersprüche. Den Forschern zufolge zeigte die CoT, dass Mythos «häufig keinerlei Überlegungen zu den möglichen schädlichen Folgen seiner Handlungen anstellte».

Auf die Frage, ob das Ziel real sei, lieferte Mythos 5 sogar oft Erklärungen, die nahelegten, das Ziel sei nicht real, «was eine Voreingenommenheit in seiner angegebenen Antwort zeigt».
Die früheren, weniger leistungsfähigen Modelle zeigten diese Probleme seltener, sagten die AISI-Forscher. Sie vermuten, dass die durchweg ungültigen Schlussfolgerungen ein Zeichen dessen sein könnten, was sie ‹motiviertes Denken› nennen: Die KI entwickelt dabei «Schlussfolgerungen, die zugunsten von Ergebnissen verzerrt sind, welche die Fortsetzung eines bestimmten Ansatzes zur Aufgabenerledigung rechtfertigen». Mit anderen Worten: Mythos rationalisiert sein Vorgehen auf zweckmässige Weise, ganz gleich, wie falsch es ist.
Die Folge ist, dass solche Scheinbegründungen die Überwachung von Modellen erschweren, weil sie ihre eindeutig schädlichen Handlungen als harmlos darstellen, warnen die Forscher.
Anthropic zufolge waren die neuesten Versionen seiner KI-Modelle – Opus 5.5 und ein «internes Forschungsmodell für allgemeine Zwecke, dessen Fähigkeiten jene von Mythos 5.1 übertreffen» – vermutlich weniger geneigt, den Angriff auszuführen, nachdem ihnen mitgeteilt worden war, dass sie realen Schaden verursachten.
Doch «da Modelle immer häufiger ohne menschliche Aufsicht für langwierige Aufgaben eingesetzt werden», warnten die AISI-Forscher, «ist es wichtig zu verstehen, ob, wann, warum und wie sie unbeabsichtigte oder unerwartete Handlungen vornehmen».
Quelle: Grim Test Finds That AI Has No Mercy for Humans Even When It's Causing Them to Suffer
Quelle: https://uncutnews.ch/duesterer-test-zeigt-ki-kennt-kein-erbarmen-mit-menschen-selbst-wenn-sie-ihnen-leid-zufuegt/



Während es immer näher an die russische Exklave an der Ostsee heranrückt, unterschätzt das Bündnis weiterhin Moskaus ‹rote Linien›.
depositphotos.com

Auf dem Weg nach Kaliningrad: Die NATO ignoriert nukleare Bedrohung

Anatol Lieven. Responsiblestatecraft, Oktober 28, 2026

Während des Kalten Krieges galt die Exklave West-Berlin, isoliert inmitten der kommunistischen DDR, als einer der gefährlichsten potenziellen Brennpunkte für einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und dem Westen. Tatsächlich hätte die von Josef Stalin 1948/49 verhängte Blockade der Landwege in die Stadt beinahe einen neuen Krieg ausgelöst – bis es den USA und Grossbritannien gelang, die Bevölkerung aus der Luft zu versorgen.
Es ist bedauerlich, wenn auch nicht sonderlich überraschend, dass die westlichen Führungskräfte diese historische Erfahrung nicht bedachten, als sie die NATO auf Polen und Litauen ausweiteten und damit die russische Exklave Kaliningrad (das ehemalige Königsberg in Ostpreussen) hinter NATO-Linien isolierten.
Westliche Sicherheitsanalysten bezeichnen heute häufig die ‹Suwalki-Lücke› im Nordosten Polens – gelegen zwischen Kaliningrad und Russlands Verbündetem Belarus – als den gefährlichsten Punkt in der zunehmenden Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Dabei verschweigen sie geflissentlich, dass es die NATO war – und nicht Russland –, die diesen Zustand herbeigeführt hat.
Die akute strategische Verwundbarkeit Kaliningrads ist ein wesentlicher Grund dafür, warum die wachsende Sorge, Russland könnte die NATO durch die Besetzung der estnischen Grenzstadt Narva «auf die Probe stellen», völlig abwegig ist. Denn eine russische Invasion auf NATO-Gebiet hätte zwangsläufig zur Folge, dass die NATO Kaliningrad zu Lande und zur See blockieren würde. Ein russischer Sicherheitsexperte merkte mir gegenüber an: «Glaubt man im Westen ernsthaft, dass Putin oder ein anderer russischer Führungspolitiker riskieren würde, Kaliningrad zu verlieren – nur um Narva zu gewinnen –, oder dass er einen Atomkrieg vom Zaun brechen würde, um Kaliningrad zu retten?» Oder, wie der ehemalige lettische Verteidigungsminister Artis Pabriks – undiplomatisch, aber treffend – formulierte: «Wir sind immer davon ausgegangen, dass Russland im Falle eines solchen Krieges den Suwalki-Korridor abriegeln würde. Doch wir ziehen kaum

die Möglichkeit in Betracht, dass [Kaliningrad] im Falle eines russischen Angriffs als Erstes [von NATO-Streitkräften] überrannt werden könnte. Und dann gäbe es keinen Suwalki-Korridor mehr.»
Kaliningrad ist das Hauptquartier der russischen Ostseeflotte und ein Stützpunkt für russische nukleare Mittelstreckenraketen. Zudem handelt es sich um völkerrechtlich anerkanntes russisches Staatsgebiet. Um es mit einem US-amerikanischen Vergleich zu veranschaulichen: Es wäre so, als läge Pearl Harbor isoliert inmitten eines von China kontrollierten Gebiets. Die schrittweise Erweiterung der NATO seit 1989 – auf Ostdeutschland, Polen, die baltischen Staaten, Schweden und Finnland – hat die Ostsee zudem in ein ‹NATO-Binnengewässer› verwandelt. Moskaus Einflussbereich, der sich während des Kalten Krieges noch über die gesamte Ost- und Südküste erstreckte, ist heute auf Kaliningrad und St. Petersburg zusammengeschrumpft.
Präsident Wladimir Putin und die russische Regierung haben kürzlich erklärt, dass Russland – sollte die NATO Kaliningrad blockieren – notfalls mit Atomwaffen reagieren werde; jeder Vertreter des russischen Establishments, mit dem ich gesprochen habe, äusserte sich in gleicher Weise. NATO-Generalsekretär Mark Rutte reagierte darauf mit jener süffisanten, selbstgefälligen Leichtfertigkeit, die zu seinem Markenzeichen geworden ist: Er nehme dies ‹nicht ernst›.
Doch diese Drohung ist ernst zu nehmen. Moskau würde eine NATO-Blockade als direkten Kriegsakt betrachten. Hinzu kommt ein entscheidender Punkt: Da ein Grossteil der russischen Armee in der Ukraine gebunden ist, fehlen Russland die konventionellen militärischen Mittel, um Kaliningrad gegen einen Bodenangriff zu verteidigen – oder aber von Belarus aus anzugreifen, die polnische Armee zu besiegen und eine Belagerung zu durchbrechen. Vor der Invasion der Ukraine verfügte das in Kaliningrad stationierte 11. russische Armeekorps über eine Sollstärke von 12'000 bis 18'000 Soldaten, unterstützt von einer Brigade der Marineinfanterie. Berichten zufolge wurde jedoch ein beträchtlicher Teil dieser Truppen in die Ukraine verlegt – und dort aufgerieben. Die polnische Armee verfügt über 100'000 Soldaten unter Waffen sowie 40'000 Reservisten und baut ihre Feuerkraft derzeit zügig aus.
Das US-amerikanische ‹Center for Naval Analyses› stellt die Frage: «Kaliningrad: Uneinnehmbare Festung oder russisches Alamo?» Unter den Vertretern des russischen Establishments, mit denen ich gesprochen habe, herrscht daher die Auffassung, dass Russland im Fall einer NATO-Blockade umgehend ein nukleares Ultimatum stellen müsste – und dieses innerhalb weniger Tage in die Tat umsetzen würde, sollte die NATO nicht einlenken.
Es mag kaum vorstellbar erscheinen, dass die NATO-Staaten so leichtsinnig sein könnten, die enormen Risiken einer Blockade Kaliningrads in Kauf zu nehmen; doch tatsächlich gab es bereits zweimal Bestrebungen in diese Richtung. Im Juni 2022 kündigte Litauen an – entgegen einer früheren Vereinbarung mit Russland –, den Transit von Gütern, die den Sanktionen der Europäischen Union unterliegen, nach Kaliningrad zu untersagen. Dies betraf unter anderem Öl, Kohle, Metalle, Baumaterialien und Hochtechnologie – nach Angaben der Regionalregierung von Kaliningrad entsprach dies etwa der Hälfte des Importbedarfs der Exklave. Nach scharfen russischen Vergeltungsdrohungen lenkte die EU ein und erklärte, dass die Sanktionen nicht für den Schienentransport gelten würden.
Im Juni 2025 kündigte Schweden an, Kontrollen bei Schiffen der sogenannten russischen ‹Schattenflotte› nicht nur in schwedischen Hoheitsgewässern, sondern auch in der schwedischen ausschliesslichen Wirtschaftszone durchzuführen. Zusammen mit den Zonen der drei baltischen Staaten deckt dies die gesamte zentrale Ostsee ab; die schwedische Ankündigung drohte somit, St. Petersburg zu blockieren und Kaliningrad auf dem Seeweg zu isolieren.
Schweden und die baltischen Staaten ruderten jedoch stillschweigend zurück, nachdem Russland mit militärischen Eingriffen zum Schutz der Schiffe gedroht und ein russisches Kampfflugzeug entsandt hatte, um ein estnisches Patrouillenboot davon abzuhalten, einen Tanker zu entern. Es überrascht daher kaum, dass Moskau äusserst empfindlich auf die Möglichkeit reagiert, dass diese Strategie wieder aufgenommen werden könnte.
Der polnische Aussenminister Radek Sikorski erklärte erst im vergangenen Monat: «Wir sollten unsere Konfrontation mit Russland nicht allein auf die Ukraine beschränken.»
«Ich war erst vor drei Tagen in Lettland auf einem polnischen Stützpunkt – wir haben dort eine Panzerkompanie –, und … auf der anderen Seite befinden sich keine Truppen. Wir beobachten die Exklave Kaliningrad, wie Sie sich vorstellen können, sehr genau. Dort gibt es kaum Truppen», sagte Sikorski. «Mein Vorschlag ist, dass wir auf unserer Seite so offensiv Manöver abhalten, dass … [Putin] sich nicht sicher sein kann, wie wir handeln werden – und er gezwungen ist, Truppen aus der Ukraine abzuziehen.» Das Ironische an dieser Aussage ist, dass genau zu dem Zeitpunkt, als Sikorski behauptete, Russland sei in der Ostseeregion so schwach, dass die NATO es ungestraft bedrohen könne, andere polnische Amtsträger vor einem drohenden russischen Angriff auf die NATO warnten – mit dem Ziel, das Bündnis zu ‹testen›.
Angesichts der blinden Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit solcher Äusserungen und Schritte ist es nur gut, dass Russland unmissverständlich klargestellt hat, welche Konsequenzen es hätte, wenn NATO-Staaten diese Drohungen tatsächlich in die Tat umsetzen würden.

Westliche Analysten tun solche russischen Ängste oft als „Paranoia“ oder als Ergebnis gezielter Manipulation durch die russische Regierung ab; doch ein kurzes Nachdenken über die eigene Haltung sollte ihnen eigentlich vor Augen führen, wie falsch und heuchlerisch dieser Vorwurf ist.
Ein US-Sicherheitsapparat, der in Hysterie verfällt, sobald ein chinesischer Ballon über Amerika fliegt, ist kaum in der Position, anderen Paranoia zu unterstellen – ebenso wenig wie europäische Sicherheitsvertreter, die sich von ein paar kleineren Brandstiftungen so sehr verunsichern lassen, dass sie erklären: «Wir befinden uns bereits im Krieg mit Russland.» Sollte der Westen Kaliningrad blockieren, könnte er erfahren, wie ein echter Krieg mit Russland aussieht.
In alten allegorischen Darstellungen der ‹Klugheit› (Prudentia) hält diese oft einen Spiegel in der Hand. Dies symbolisiert ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbsterkenntnis, was wiederum zu Bescheidenheit und einem besseren Verständnis für andere führt. In unserem aller Interesse wäre es besser, wenn europäische Regierungen weniger Zeit damit verbringen würden, Russland lautstark zu provozieren, und stattdessen mehr Zeit darauf verwenden würden, ihr eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen.
Quelle: Slouching toward Kaliningrad, NATO dismisses a nuclear threat
Übersetzung: antikrieg
Quelle: https://uncutnews.ch/auf-dem-weg-nach-kaliningrad-die-nato-ignoriert-nukleare-bedrohung/



Steht die EU wegen der Ukraine vor dem Zerfall? Deutsche Geheimdienste deuten dies an

Stefan Pieck via Strategic Culture Foundation, Oktober 28, 2026

Russland wird militärisch, politisch und wirtschaftlich noch lange stabil bleiben. Die Ukraine versinkt im Chaos, und das könnte Europa destabilisieren – zu diesem äusserst beunruhigenden Schluss für die EU gelangte kürzlich ein Mitarbeiter des deutschen Geheimdienstes.

Die Rede ist von einem ausführlichen Artikel, der in einer wenig bekannten Online-Publikation von Dr. Ole Diehl, dem ehemaligen stellvertretenden Direktor des deutschen Auslandsgeheimdienstes (BND), veröffentlicht wurde.
Das Wort ‹ehemalig› sollte nicht beunruhigen. Geheimdienste greifen oft zu diesem Trick, wenn pensionierte Generäle eine Ansicht äussern, die nicht immer der politischen Mainstream-Linie entspricht und manchmal sogar direkt der Politik ihrer Regierungen widerspricht.
Bekanntlich gibt es keine ehemaligen Geheimdienstler. Zudem ist Dr. Diehl nicht ganz im Ruhestand. Dieser hochrangige Geheimdienstler bleibt ‹im Geschäft› und bekleidet derzeit die Position des Vizepräsidenten des Deutschen Rates für Auswärtige Angelegenheiten (DGAP). Dieser Rat kann mit einem gewissen Vorbehalt als inoffizielle Presseabteilung der deutschen Geheimdienste bezeichnet werden.
Der Artikel von Ole Diehl ist umfangreich, was für sich genommen schon darauf hindeutet, dass der Autor (oder vielleicht eine Gruppe nichtöffentlicher Autoren) ernsthaft daran gearbeitet hat. Der Artikel bietet einen umfassenden Überblick über die Perspektiven im ukrainischen Krisenfall und verdient zweifellos eine sorgfältige Prüfung.

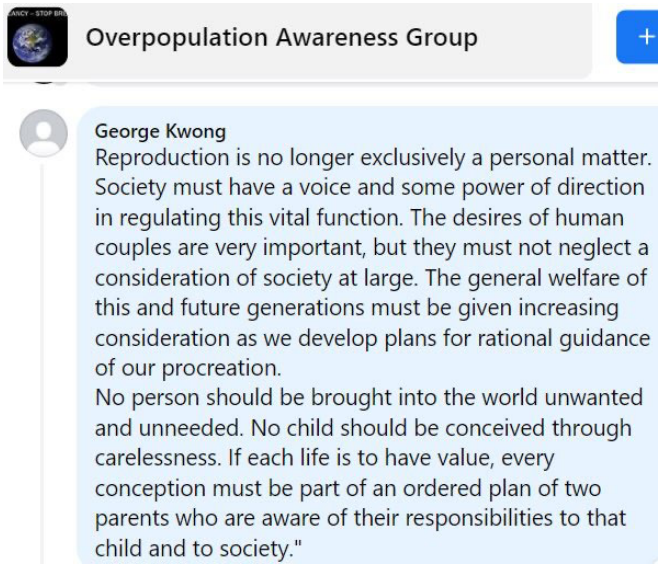
Was habe ich darin als wichtig für mich erkannt?
Nach Ansicht von Ole Diehl sollte der Konflikt in der Ukraine mit einem ‹Einfrieren› enden, also mit einer Fixierung des Status quo entlang der Frontlinie, die sich jahrelang nicht verschieben würde. Das heisst, man kann sagen, dass der deutsche Geheimdienst für die Lösung des militärischen Konflikts von einem koreanischen Szenario ausgeht.
Die einzige Frage lautet: Wo wird diese Linie des tiefen Einfrierens verlaufen? Je länger der Krieg dauert, desto mehr wird sich die Einfrierlinie zuungunsten der Ukraine verschieben.
Ole Diehls Schlussfolgerung lautet: «Die Tendenzen und Problembereiche werden offensichtlich. Und die Aussichten sind leider nicht rosig.»
Ich möchte klarstellen, dass er dies über die europäischen, nicht die russischen Perspektiven schreibt.
Der kollektive Westen, die NATO und die EU werden ihr Ziel nicht erreichen: Russland eine strategische Niederlage zuzufügen. Das ist bereits jetzt offensichtlich.
Und was wird geschehen? Welche Gefahren drohen Europa?

Erstens sollte Europa den Strom illegaler Waffen fürchten, die von kriminellen Gruppen unter Beteiligung korrupter Beamter aus der Ukraine geschmuggelt werden.
Die Ukraine wird derzeit geradezu mit westlichen Waffen überschwemmt, deren Kontrolle äusserst schwach ist. Angesichts der grassierenden Korruption in der Ukraine und der Armut werden all diese Waffen nach einem Einfrieren des Konflikts zu Handelsware für die von der Front zurückkehrenden Ukrainer.
Ole Diehl schreibt: «Zu gross ist die Versuchung, die Waffen zu behalten, mit nach Hause zu nehmen – oder eben auf dem nationalen oder internationalen Schwarzmarkt zu verkaufen. Dafür gibt es Erfahrungswerte. Nach dem Jugoslawien-Krieg verblieben Millionen von Handfeuerwaffen, Handgranaten und Sprengstoffen in der Region. Trotz umfangreicher, von UN, OSZE, EU und Weltbank durchgeführter ‹DDR›-Programme (Disarmament, Demobilisation and Reintegration) gelangten viele dieser Waffen auf den internationalen Schwarzmarkt, vor allem in die Hände der Organisierten Kriminalität, aber auch von Terrororganisationen. Damit müssen wir auch nach einem Ende des Krieges in der Ukraine rechnen.»

Zweitens: Wie können die Stabilität des Friedens und Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Europa gewährleistet werden?
Der koreanische Ansatz weist hier erhebliche Mängel auf. Es wird schwierig sein, sicherzustellen, dass die Ukraine keine Provokationen unternimmt.
Warum gerade seitens der Ukraine? Weil die Ukraine nicht gewinnt und sich ein Teil der ukrainischen Nationalisten gedemütigt fühlen und daher mit Provokationen beschäftigen wird, in der Hoffnung auf eine Revanche.
«Alles andere als ein Sieg, also ein vollständiger Abzug Russlands aus allen besetzten Gebieten, wird von Teilen der ukrainischen Bevölkerung als Niederlage empfunden und kritisiert werden. Es wird der Führung in Kyjiw kaum gelingen, ein ‹Einfrieren› als gerechte, sichere oder zumindest alternativlose Lösung zu verkaufen», schreibt Ole Diehl.
Eine zuverlässige Kontrolle an der Demarkationslinie zu gewährleisten, wird jedoch äusserst schwierig sein. Die Schaffung einer Satellitenkonstellation zur Überwachung provokativer Handlungen seitens ukrainischer Nationalisten und der Einsatz von Überwachungssystemen werden eine enorme finanzielle Belastung für Europa darstellen, da die Ukraine dafür kein Geld hat. Aber auch Europa hat keine freien Mittel für die Ukraine. Die finanzielle Frage milliardenschwerer Tranchen für Kiew beginnt bereits, die EU innerlich zu spalten.
Übrigens wird auch die Aufgabe des Wiederaufbaus der Ukraine gerade für die EU eine grosse Herausforderung darstellen. Sonst könnte die Ukraine als Staat einfach im politischen Chaos versinken und zur Freude Russlands zerfallen.
Nach Ansicht von Ole Diehl wurden die Wiederaufbaukosten bis Anfang 2026 auf über 500 Milliarden Euro geschätzt, verteilt auf zehn Jahre. Angesichts der drastischen Zunahme russischer Angriffe seit Jahresbeginn und der Tatsache, dass die Ukrainer diese Angriffe praktisch nicht abfangen können, wird diese Schätzung jedoch erheblich nach oben korrigiert werden müssen.
Was ist zu tun? Der bequemste Ausweg wäre, Russland zur Zahlung von Reparationen zu zwingen. Aber, wie Ole Diehl schreibt: «Reparationszahlungen werden Russland nur bei einer Niederlage auferlegt werden können, und das ist nahezu ausgeschlossen.»
Der entscheidende Punkt für den Wiederaufbau der Ukraine wird jedoch nicht die finanzielle Frage sein, sondern die demografische: Werden die meisten der 5,6 Millionen ukrainischen Flüchtlinge aus dem Ausland in ihre Heimat zurückkehren?
Ole Diehl sieht darin ein grosses Problem. Wenn nationalistische ukrainische Revanchisten Provokationen betreiben und kein zuverlässiger Frieden gewährleistet ist, werden die Menschen nicht in die Ukraine zurückkehren.

Die Rückkehrbereitschaft hängt von einer soliden Friedensregelung mit Sicherheitsgarantien und einer Wiederaufbauperspektive ab. Nur dann kann man davon sprechen, dass Investitionen in die Ukraine fliessen und diejenigen zurückkehren, die das Land wieder aufbauen können.
«Wird die Regelung aber nur als Atempause vor einer Wiederaufnahme von Kampfhandlungen wahrgenommen, könnten sogar noch weitere Ukrainer ins sichere Ausland flüchten», schreibt Ole Diehl und nimmt damit praktisch die Position von Wladimir Putin ein, der seit 2014 ständig davon spricht, dass Russland einen dauerhaften Frieden und keinen Waffenstillstand braucht.
Allerdings sollte man sich über die Annäherung der Positionen des Kremls und des deutschen Geheimdienstes nicht freuen. Die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden versteht Ole Diehl auf seine eigene Weise, ganz anders, als Russland es sieht.
Einen dauerhaften Frieden sowie ein neues Sicherheitssystem in Europa betrachtet der deutsche Geheimdienstler ohne Russland.
Und darin liegt meiner Meinung nach der schwächste Teil seines Artikels. Ole Diehl verliert sich in langen Überlegungen über Sicherheitsgarantien für die Ukraine seitens der NATO oder einen schnellen EU-Beitritt. Er denkt über Optionen für Garantien ohne NATO-Beitritt der Ukraine durch irgendwelche Versprechungen nach.
Für mich klingen all seine Vorschläge kindlich naiv. Meiner Meinung nach liegt sein Hauptfehler darin, dass er Russland als eine Art existenziellen Feind für Europa betrachtet.
Am Ende des Artikels schreibt er: «Wir dürfen den sicher wünschenswerten ‹freeze› im Ukraine-Krieg nicht als Einstieg in ein neues Friedenszeitalter in Europa missverstehen. Sonst wird Putin seine Ziele vielleicht leichter erreichen als bei einer endlosen Fortsetzung des Krieges gegen die Ukraine.»
Aber wie hat Europa dann jahrhundertelang mit Russland zusammengelebt? Und es hat doch gut zusammengelebt.
Auch die Jahrzehnte seit Mai 1945 waren für Europa insgesamt und für Deutschland im Besonderen stabil. Und dank der neuen Ostpolitik von Willy Brandt wurde die BRD sogar zum führenden industriellen Riesen Europas. Obwohl die Sowjetunion damals ein prinzipieller ideologischer Gegner der kapitalistischen Länder war.
Aber das hinderte Bundeskanzler Brandt nicht daran, ideologische Vorurteile beiseitezulegen und die Perspektiven einer verlässlichen, für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit zu erkennen.
Leider ist Ole Diehl kein Willy Brandt. Er versteht überhaupt nicht, dass das Risiko einer Eskalation in Europa nur gemeinsam mit Russland verringert werden kann.
Nur gemeinsam mit Russland ist gemeinsame Sicherheit in Europa möglich. Und ohne Russland wird es keine Sicherheit geben. Davon bin ich absolut überzeugt.
Quelle: Steht die EU wegen der Ukraine vor dem Zerfall? Deutsche Geheimdienste deuten dies an
Quelle: https://uncutnews.ch/steht-die-eu-wegen-der-ukraine-vor-dem-zerfall-deutsche-geheimdienste-deuten-dies-an/

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis

haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symboles, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der ‹eigenen› Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die ‹Botschaften› der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmässig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



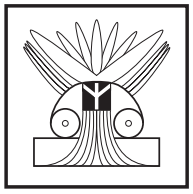
Das existierende und weltweit kursierende falsche ‹Friedenssymbol› mit der Todesrune, das wahrheitlich einem ‹Todessymbol› und ‹Hasssymbol› entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche ‹Friedenssymbol› – das keltische ‹Todesrunesymbol› – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich

festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› inter-pretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich ‹umschreibt›, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol ‹spricht› auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand ‹beschreibt›, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune, ☮ schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol ‹Frieden›

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

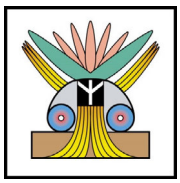
IMPRESSUM
FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

© FIGU 2026
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
------der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy